

P r o t o k o l l

Nr. 11

über die Verhandlungen des Grossen Gemeinderates von Zug

Dienstag, 8. November 2011

17.00 - 20.00 Uhr

im Kantonsratssaal, Regierungsgebäude

Vorsitz: Ratspräsident Jürg Messmer

Protokoll: Ruth Schorno

Verhandlungsgegenstände

1. Genehmigung der Traktandenliste und des Protokolls Nr. 10 vom 26. September 2011
2. Eingänge parlamentarische Vorstösse und Eingaben
3. Motion der SVP-Fraktion und der CVP-Fraktion vom 26. September 2011 betreffend sofortiger Bestellung und Einkauf von Polizei-Assistenten
Überweisung
4. Motion der SVP-Fraktion vom 12. Oktober 2011 zur Schaffung Asylanten-freier Zonen in der Stadt Zug
Überweisung
5. Motion der CVP-Fraktion vom 14. Oktober 2011 betreffend sofortige Kontaktnahme mit anderen Gemeinden und Suche einer gemeinsamen und nachhaltigen Lösung für die Unterbringung von Asylsuchenden
Überweisung
6. Zuger Chesslete und Zunft der Letzibuzäli: Wiederkehrende Beiträge für die Jahre 2012 - 2015
Bericht und Antrag des Stadtrats Nr. 2167 vom 23. August 2011
Bericht und Antrag der GPK Nr. 2167.1 vom 3. Oktober 2011

7. Renergia Zentralschweiz AG: Beteiligung des ZEBA; Eventualverpflichtung
Bericht und Antrag des Stadtrats Nr. 2172 vom 20. September 2011
Bericht und Antrag der GPK Nr. 2172.1 vom 3. Oktober 2011
8. Postulat der FDP-Fraktion vom 29. Juni 2011 betreffend Skylounge in Uptown
Zug: Der Volkswillen ist umzusetzen
Bericht und Antrag des Stadtrats Nr. 2175 vom 4. Oktober 2011
9. Interpellation von Michèle Kottelat, glp, vom 17. August 2011 betreffend Skylounge: kommerzielle Nutzung des öffentlichen Bereichs und Beleuchtungskonzept
Antwort des Stadtrates Nr. 2174 vom 4. Oktober 2011
10. Interpellation von Franz Weiss und Richard Rüegg, beide CVP, vom 5. Oktober 2011 betreffend Zugang Skylounge
Mündliche Beantwortung
11. Interpellation der SVP-Fraktion vom 22. Juli 2011 betreffend Parkordnung im Uptown während den EVZ-Spielen und betreffend Busparkplätzen
Antwort des Stadtrats Nr. 2173 vom 27. September 2011
12. Mitteilungen

Eröffnung

Ratspräsident Jürg Messmer eröffnet die heutige Sitzung und begrüsst nebst den Mitgliedern des Grossen Stadtrates und des Stadtrates auch die Vertreter der Zuger Lokalmedien sowie vereinzelte Gäste.

Entschuldigt für die heutige Sitzung haben sich die Gemeinderäte Michèle Kottelat und Monika Mathers. Die übrigen 38 Ratsmitglieder sind anwesend.

Der Stadtrat ist vollzählig zugegen.

Ratspräsident Jürg Messmer: Ton- und Bildaufnahmen während der Ratssitzung bedürfen der Zustimmung des Rates. Radio Sunshine und Keystone möchten während der heutigen Sitzung Ton- und Bildaufnahmen machen.

Das Wort wird hiezu nicht verlangt.

Ergebnis:

Ratspräsident Jürg Messmer stellt fest, dass kein Gegenantrag gestellt wird. Der Rat erklärt sich somit damit einverstanden, dass während der Sitzung Bild- und Tonaufnahmen gemacht werden.

Ratspräsident Jürg Messmer gratuliert Martin Kühn herzlich zur Geburt seiner Tochter.

Ratspräsident Jürg Messmer: Heute hat eine spezielle Zugangskontrolle stattgefunden. Dies war leider nötig, nachdem diverse Drohungen beim Stadtrat eingegangen sind. Diese Drohungen sind einerseits beunruhigend, andererseits schlichtweg inakzeptabel. Es kann nicht sein, dass mit solchen Drohungen der Ratsbetrieb oder allgemein die Arbeit der Parlamentarier beeinträchtigt wird. Ratspräsident Jürg Messmer verurteilt diese aufs Äusserste und ersucht, dies in Zukunft zu unterlassen.

1. Genehmigung der Traktandenliste und des Protokolls Nr. 10 vom 26. September 2011

Zur Traktandenliste:

Das Wort wird nicht verlangt.

Ergebnis:

Ratspräsident Jürg Messmer stellt fest, dass kein Änderungsantrag gestellt wird. Die Traktandenliste ist somit stillschweigend genehmigt.

Zum Protokoll Nr. 10 vom 26. September 2011:

Ratspräsident Jürg Messmer sind folgende Korrekturen eingegangen:

- Seite 16, Votum Urs Bertschi unten: BPK-Vizepräsident ist Adrian Moos und nicht Urs E. Meier.
- Seite 25: Urs Bertschi hat das Votum als SP-Vertreter und nicht als BPK-Präsident abgegeben.
- Seite 41, Votum Urs Bertschi, 1. Linie: Richtig heisst es „einen“ Befreiungsschlag.
- Seite 12 und 13: Der richtige Vorname heisst Richard Rüegg.

Das Wort wird nicht mehr verlangt.

Ergebnis:

Ratspräsident Jürg Messmer stellt fest, dass keine weiteren Berichtigungen eingebracht werden. Das Protokoll Nr. 10 der Sitzung vom 26. September 2011 gilt somit mit den genannten Korrekturen als stillschweigend genehmigt.

2. Eingänge parlamentarische Vorstösse und Eingaben

Motionen und Postulate

Motion Manfred Pircher namens der SVP-Fraktion zur Schaffung Asylanten-freier Zonen in der Stadt Zug

Mit Datum vom 12. Oktober 2011 hat Gemeinderat Manfred Pircher namens der SVP-Fraktion folgende Motion eingereicht:

„Die Ansiedlung sogenannter Asylanten auf dem Gebiet der Stadt Zug stösst bei weiten Kreisen der Bevölkerung auf grosses Unverständnis. Das mittlerweile sattsam bekannte Verhaltensmuster der Asylanten wirkt auf unsere einheimische Bevölkerung sogar stossend. Unangenehm auffallend ist die arrogante Anspruchshaltung dieser Personen. Wären sie echte Flüchtlinge, so wären sie froh, ein Dach über dem Kopf und etwas zu essen zu haben. Unterkünfte, welche schweizerischen Armeeangehörigen ohne weiteres zugemutet werden, sollen für Asylanten nicht zumutbar sein. Tatsache ist, dass die heute sich in der Schweiz aufhaltenden sogenannten "Asylanten" in den aller seltensten Fällen echte Flüchtlinge sind. Sich als Asylanten ausgebende Personen sind meist recht gut eingekleidet und können es sich leisten, andauernd mit dem Handy am Ohr kontinuierlich mit ihren Landsleuten zu telefonieren. Ein Verhalten, das sich die wenigsten Schweizer leisten können. In letzter Zeit ist ein Zustrom von Asylbewerbern festzustellen, welche aus uns völlig fremden Kulturen stammen, beispielsweise aus Schwarzafrika oder aus dem mittleren Osten. Da in diesen Gebieten kaum oder nur vereinzelt Kriegshandlungen festgestellt werden, ist davon auszugehen, dass es sich auch bei dieser Anspruchsgruppe vornehmend um Wirtschafts-Flüchtlinge handelt. Erwiesenermassen sind Asylbewerber und Asylbewerberinnen oft kriminell. Sie bringen Verhaltensweisen mit, die in ihren Herkunftsländern vermutlich überlebensnotwendig sind, bei uns aber gegen Gesetze, Gepflogenheiten und gegen unsere Kultur, insbesondere auch gegen unsere ethischen, moralischen und religiösen Überzeugungen grob verstossen. Eine stillschweigende Tolerierung solchen Verhaltens würde zu einem wesentlichen Zerfall der Werte, die unsere Gesellschaft ausmachen, beitragen. Es kann nun nicht angehen, dass der Stadtrat sich dafür einsetzt, zusätzliche Asylanten-Unterkünfte in Wohngebieten der einheimischen Bevölkerung bereitzustellen. wir reichen deshalb die Motion mit folgenden Anträgen ein:

1. es ist zu prüfen, wie die ganze Stadt Zug frei von Asylanten-Unterkünften gehalten werden kann
2. sollte dies aufgrund übergeordneter gesetzlicher Vorgaben nicht möglich sein, ist zu überprüfen, wie sämtliche Wohngebiete der Stadt Zug von Asylanten-Unterkünften frei gehalten werden können
3. es ist grundsätzlich zu überprüfen, ob gesetzlich vorgeschrieben bereitzustellende Asyl-Unterkünfte nicht auch ausserkantonale oder ausserhalb der Schweiz betrieben werden können
4. es ist zu überprüfen, in welchen Industrie- und Gewerbegebieten der Stadt Zug allenfalls sog. "Internierungslager" eingerichtet werden könnten (der Ausdruck

"Internierungslager" stammt in der Schweiz bekanntlich aus dem zweiten Weltkrieg, wo analog zur heutigen Situation ebenfalls relativ grosse Personengruppen geordnet und in durchaus menschenwürdigen Behausungen untergebracht wurden, ohne dass die einheimische Bevölkerung dadurch übermässig tangiert worden war) .

Besten Dank für die schriftliche Beantwortung unserer Fragen."

Ratspräsident Jürg Messmer: Die Motion ist bereits heute unter Traktandum 4 zur Überweisung traktandiert.

Motion Hugo Halter namens der CVP-Fraktion betr. Sofortige Kontaktnahme mit anderen Gemeinden und Suche einer gemeinsamen und nachhaltigen Lösung für die Unterbringung von Asylsuchenden

Mit Datum vom 14. Oktober 2011 hat Gemeinderat Hugo Halter namens der CVP-Fraktion folgende Motion eingereicht:

„Sehr überraschend und entgegen den ursprünglichen Aussagen des Stadtrates auf entsprechende Vorstösse, u.a. auch der CVP, wurde nun bekannt, dass der Stadtrat eine vorübergehende Nutzung des früheren Altersheim Waldheim zur Unterbringung von ca. 60 Asylsuchenden möchte. Erstens stellen wir fest, dass die Pflicht zur Aufnahme von Asylsuchenden gemäss Verteilschlüssel auch für die Stadt Zug seit langer Zeit gilt. Zweitens kann es nicht sein, dass nun plötzlich andere Pläne für eine Nutzung vorgesehen sind, da wir davon ausgehen, dass die damals kommunizierten Problemfelder für die Stadt nach wie vor vorhanden sind. (z.B. Wohnungsraum für Studenten, Alterswohnungen, etc.) Und Drittens ist nicht nachvollziehbar, warum nun plötzlich die Zeit für kurzfristige und kaum verträgliche Lösungen derart drängt. Viertens haben auch andere Gemeinden das gleiche Problem zu lösen. Zudem ist bekannt, dass das vorgesehene Objekt sehr sanierungsbedürftig ist. Dies wiederum heisst doch, dass sofortige Renovationen oder zumindest Anpassungen notwendig sein dürften. Alles in Allem: Eine für uns unnötige "Feuerwehrrübung" des Stadtrates. Mit einer frühzeitigen Planung und Koordination hätte vermutlich diese Situation entschärft werden können. Im Fokus muss eine gemeinsame und nachhaltige Lösung zwischen mehreren Gemeinden sein. Dies aufgrund der spärlich vorhandenen Land- und Immobilienreserven, aber auch aus ökonomischer Sicht für die Gemeinwesen. Der Stadtrat wird somit beauftragt:

1. Unverzüglich mit anderen Gemeinden Verhandlungen zu führen mit dem Ziel einer gemeinsamen Unterkunft für Asylsuchende.
2. Die entsprechende Örtlichkeit soll menschenwürdig und den gesetzlichen Bestimmungen entsprechen, hingegen ist aber klar auf unnötigen Luxus zu verzichten.
3. Es ist unbedingt anzustreben, dass eine nachhaltige, ökonomische Lösung gefunden werden kann, die es ermöglicht langfristig zu planen.
4. Die Ängste, Anregungen und Wünsche der Bevölkerung und direkt betroffenen Mitbewohner sind zwingend in die Planung und Beurteilung miteinzubeziehen."

Ratspräsident Jürg Messmer teilt mit, dass die Motion heute unter Traktandum 5 zur Überweisung traktandiert ist.

Motion Karl Kobelt namens der FDP-Fraktion für eine Strategie-Entwicklung und langfristige Planung im Sozialwesen

Mit Datum vom 28. Oktober 2011 hat Gemeinderat Karl Kobelt namens der FDP-Fraktion folgende Motion eingereicht:

„Anfang dieses Monats wurde bekannt, dass der Stadtrat von Zug im Rahmen einer Zwischennutzung im Altersheim Waldheim Asylbewerberinnen und Bewerber unterbringen möchte. Dass das Gebäude des ehemaligen Altersheims Waldheim nach der Eröffnung des neuen Alterszentrums Frauensteinmatt einem neuen Zweck zugeführt werden oder allenfalls einem Neubau weichen muss, ist seit Jahren bekannt. Noch im Frühjahr hat der Stadtrat in der Beantwortung von Vorstössen zum Altersheim Waldheim die Einrichtung einer Asylunterkunft mit keinem Wort erwähnt. Dies und der nun völlig überraschende Entscheid machen deutlich, dass der Stadtrat in diesem Fall nicht aufgrund einer vorbereitenden Planung, sondern offenbar relativ kurzfristig entschieden hat. Solchen irritierenden Schnellschüssen ist vorzubeugen. Der Stadtrat wird deshalb beauftragt, eine Strategie im Sozialwesen unter Einschluss einer konkreten langfristigen infrastrukturellen Planung zu entwickeln. Eine solche Strategie muss die Frage klären, wie der Stadtrat für die nächsten zehn bis zwanzig Jahren die Nachfrage nach Altersheimplätzen und Pflegebetten - gestützt auf die Zahlen des Bedarfs der Anzahl Betten für jedes Jahr - befriedigen kann. Auch ist aufzuzeigen, wie der weitere Raumbedarf im Sozialwesen wie zum Beispiel für Asylsuchende bereitstellen will. Die entwickelte Strategie und die infrastrukturelle Planung sind sodann dem Grossen Gemeinderat zur Genehmigung zu unterbreiten.“

Ratspräsident Jürg Messmer: Die Motion wird am 22. November 2011 zur Überweisung traktandiert.

Motion Karin Hägi namens der SP-Fraktion betreffend Beitritt zur Europäischen Städtekoalition gegen Rassismus

Mit Datum vom 28. Oktober 2011 hat Gemeinderätin Karin Hägi namens der SP-Fraktion folgende Motion eingereicht:

„Wir fordern den Stadtrat auf, eine Standortbestimmung im Hinblick auf die Massnahmen des Zehn-Punkte-Aktionsplans zur Bekämpfung von Rassismus auf kommunaler Ebene in Europa vorzunehmen und anschliessend den Beitritt der Stadt Zug zur Europäischen Städte-Koalition gegen Rassismus einzuleiten bzw. falls notwendig, die erforderlichen Massnahmen zu ergreifen, damit der Beitritt zu einem späteren Zeitpunkt erfolgen kann.

Begründung:

Die Schweiz hat 1994 das "Internationale Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Rassendiskriminierung" ratifiziert. Den Gemeinden kommt bei der Umsetzung die-

ses Übereinkommens grosse Verantwortung zu, zumal sich immer wieder zeigt, dass gegen Rassismus und Diskriminierung mit konkreten Massnahmen auf lokaler Ebene vorgegangen muss. Diskriminierung entsteht im alltäglichen Zusammenleben vor Ort und muss demnach auch vor Ort bekämpft werden. Auf der Basis dieser Einsicht hat die UNESCO 2004 die "Internationale Städte-Koalition gegen Rassismus" gestartet. Ziel dieser Initiative ist es, ein weltweites Netzwerk von Städten einzurichten, die sich gemeinsam für einen wirkungsvollen Kampf gegen Rassismus, Diskriminierung und Fremdenfeindlichkeit einsetzen. Damit regionale Eigenheiten berücksichtigt werden können, ist das Projekt in verschiedene Weltregionen aufgeteilt, wovon eine die "Europäische Städte-Koalition gegen Rassismus" ist. Aktuell sind fünf Schweizer Städte Mitglied der europäischen Städtekoalition (Bern, Genf, Lausanne, Winterthur und Zürich). Sie haben sich mit dem Beitritt dazu verpflichtet, den so genannten "Zehn-Punkte-Aktionsplan zur Bekämpfung von Rassismus auf kommunaler Ebene in Europa" umzusetzen. Dieser Aktionsplan beinhaltet Massnahmen in folgenden Bereichen:

1. Verstärkte Wachsamkeit gegenüber Rassismus
2. Bewertung der örtlichen Situation und der kommunalen Massnahmen
3. Bessere Unterstützung für die Opfer von Rassismus und Diskriminierung
4. Bessere Beteiligungs- und Informationsmöglichkeiten für die Bürger/innen
5. Die Stadt als aktive Förderin gleicher Chancen
6. Die Stadt als Arbeitgeberin und Dienstleisterin
7. Chancengleichheit auf dem Wohnungsmarkt
8. Bekämpfung von Rassismus und Diskriminierung durch Bildung und Erziehung
9. Förderung der kulturellen Vielfalt
10. Rassistische Gewalttaten und Konfliktmanagement

Mit dem Beitritt zur Städte-Koalition kann die Stadt Zug - zusammen mit anderen Städten wie Landon, Paris, Stockholm, Wien - ein Zeichen setzen und eine aktive Rolle bei der Bekämpfung von Diskriminierung und Rassismus übernehmen.“

Ratspräsident Jürg Messmer teilt mit, dass diese Motion am 22. November 2011 zur Überweisung traktandiert wird.

Interpellationen

Interpellation der CVP-Fraktion betreffend rechtliche Situation Bademöglichkeiten im Raum Choller

Mit Datum vom 26. September 2011 hat die CVP-Fraktion folgende Interpellation eingereicht:

Im Gebiet Choller wurden im Spätsommer 2011 badende Personen / Familien aufgefordert das Baden im Zugersee zu unterlassen und die entsprechende Örtlichkeit zu verlassen. Dieses Gebiet ist ein Naturschutzgebiet auf dem Hoheitsgebiet der Stadt Zug. Die Stadt hat einen Teil des Strandes für nackt badende Personen reserviert, hingegen offensichtlich nicht für andere Badende. Weiter ist uns bekannt, dass Unklarheiten auch mit anderen Benützern wie Hundehaltern, Hundeleinenzwang, etc. bestehen. Es be-

steht hier betreffend rechtlichen Grundlagen und Kompetenzen, bzw. auch im Vollzug ein Defizit. Aus diesem Grund bitten wir den Stadtrat um Klärung und sofern notwendig um entsprechende klare Massnahmen und Informationen.

Fragen an den Stadtrat:

1. Wie sieht die rechtliche Situation im Gebiet Choller/Seeufer auf kommunaler, kantonaler und nationaler Ebene grundsätzlich aus?
2. Wer ist für den Vollzug zuständig und wie wird dieser geregelt?
3. Wie sieht der Stadtrat das weitere Vorgehen und die Umsetzung inkl. Information für eine rechtlich einwandfreie Situation?
4. Ist der Stadtrat der Meinung, dass eine klare rechtliche Situation inkl. Evtl. notwendigen Absprachen, Signalisationen und Vollzugskonzept bis spätestens im Frühling 2012 bereitstehen wird?
5. Sind dem Stadtrat evtl. noch andere Bereiche bekannt, die rechtlich nicht klar und ebenfalls zu klären wären. (z.B. Taxireglement, Lärmreglement, etc.) ?

Wir danken dem Stadtrat für eine schriftliche Beantwortung.“

Interpellation Richard Rüegg namens der CVP-Fraktion betreffend Arena Platz

Mit Datum vom 5. Oktober 2011 hat Gemeinderat Richard Rüegg namens der CVP-Fraktion folgende Interpellation eingereicht:

„Aus dem Bericht über den Arena Platz in der Sonntagszeitung vom 2.10.2011 NZZ konnte man entnehmen, dass die Bodenbelastung pro m2 bewusst durch den Stadtrat gering gehalten wurde, sodass zum Beispiel keine "Chilbi" oder ähnliche Veranstaltungen auf dem Arena Platz stattfinden könnten.

1. Trifft es zu, dass der Stadtrat dies bewusst so in Auftrag gegeben hat?
2. Wie will man, sollte sich ein Fest als nachbarschaftsverträglich erweisen, in Zukunft auf dem Arena Platz ein Jubiläumsfest abhalten? (Zum Beispiel ein Riesenrad bei der 30 Jahr Feier des Uptown und die Übergabe des öffentlichen Teils an die CS?!)?
3. Hat man sich damit nicht unkorrigierbar zu viel verbaut? Hätte diese Beruhigungsmassnahme nicht auch durch das ordentliche Bewilligungsverfahren regeln können?

Vielen Dank für die schriftliche Beantwortung der Interpellation“

Interpellation Franz Weiss und Richard Rüegg namens der CVP-Fraktion betreffend Zugang Skylounge

Mit Datum vom 5. Oktober 2011 haben die Gemeinderäte Franz Weiss und Richard Rüegg namens der CVP-Fraktion folgende Interpellation eingereicht:

„Diverse Mitbürger der Stadt Zug haben uns auf folgende Probleme aufmerksam gemacht: Der Zugang der Skylounge, der den Bürgern während der Öffnungszeit offen stehe, werde kontrolliert und zeitweise eingeschränkt für Jugendliche ab 16 bzw. 18 Jahren und für Veranstaltungen der CS.

1. Stimmt es, dass während gewissen Zeiten Jugendliche keinen Zutritt mehr haben? Wurde dies mit der Stadt so abgesprochen?
2. Stimmt es, dass Eltern mit Kinderwägen keinen Zutritt haben und dass sie diesen unbewacht vor dem Eingang stehen lassen müssen?
3. Stimmt es, dass, wenn die CS eine Veranstaltung im Uptown hat, diese den öffentlichen Raum für Plakate und Ständer brauchen darf und dass während dieser Zeit kein Zutritt ohne Konsumationszwang mehr besteht?

Vielen Dank für die schriftliche Beantwortung der Interpellation.“

Ratspräsident Jürg Messmer stellt fest, dass für alle drei Interpellationen die schriftliche Beantwortung der gestellten Fragen verlangt wird. Der Stadtrat hat hierfür gemäss § 43 Abs. 2 GSO drei Monate Zeit.

Interpellation Rainer Leemann namens der FDP-Fraktion: Galvanik - in unstatthafter Konkurrenz zu privatwirtschaftlichen Clubs?

Mit Datum vom 18. Oktober 2011 hat Gemeinderat Rainer Leemann namens der FDP-Fraktion folgende Interpellation eingereicht:

„Die Galvanik wurde nach umfassenden Umbauarbeiten erfolgreich wieder eröffnet und es finden dort wieder regelmässig Anlässe statt. Die Galvanik sollte einen klaren öffentlichen Auftrag im Bereich der Jugendkultur erfüllen. Sie stellt jungen Leuten Proberäume zur Verfügung und bietet jungen Musikern und Bands eine Möglichkeit zu ersten Bühnenauftritten. Zudem ist sie ein Ausgleichslokal, wo sich Jugendliche und junge Erwachsene treffen können. In diesem klar umrissenen und ebenso klar begrenzten öffentlichen Auftrag liegt auch der Betriebsbeitrag der Stadt Zug begründet. Es kann nicht sein, dass die Mittel aus der öffentlichen Hand dazu benutzt werden, um in der Galvanik ein Angebot zu schaffen, dass Clubs und Treffpunkten in der Stadt Zug (L&G, Chicago, Topas, Mantra und andere) DJs und Veranstalter abspenstig macht und ihr Publikum fern hält. Eine solche Konkurrenzierung wäre unfair, denn diese Clubs bewähren sich auf dem freien Markt und kommen nicht in den Genuss von öffentlichen Geldern. Im Zusammenhang mit dieser Problematik stellen wir dem Stadtrat die folgenden Fragen.

1. Teilt der Stadtrat von Zug unsere Auffassung, wonach die Galvanik einen klar begrenzten gesellschaftlichen Auftrag erfüllt? Falls ja, wo wird dieser Auftrag erwähnt?
2. Besteht eine Leistungsvereinbarung seitens der Stadt Zug an die Galvanik, beziehungsweise an den Verein Interessensgemeinschaft Galvanik (IGGZ), die für die Betriebsführung verantwortlich ist?
3. Dem Vernehmen nach haben in den letzten Monaten DJs und Veranstalter, welche vorher in privaten Clubs in der Stadt Zug gearbeitet haben, nun in der Galvanik Aufträge angetreten. Stimmt dies? Falls ja, sind die höheren Gagen der Galvanik der Grund für diesen Wechsel? Stimmt der Stadtrat mit uns überein, dass die Abwerbung von DJs und Veranstaltern, zum Beispiel durch höhere Gagen und besseren Konditionen, nicht legitim ist und ist er bereit, dem ein Ende zu setzen?

4. Dem Vernehmen nach sollen DJs, Veranstalter und/oder andere engagierte Musikerinnen und Musiker neben ihrer Gage noch Anteile am Barumsatz erhalten haben. Stimmt diese Vermutung? Falls ja, ist der Stadtrat mit uns der Meinung, dass auch darin eine unzulässige Konkurrenzierung von privaten Clubs geschaffen wird und ist er bereit, hier einzuschreiten?
5. Ist die Galvanik zu einem direkten Konkurrenten der privatwirtschaftlichen Clubs geworden? Falls er dies verneint, worin unterscheidet sich das Betriebskonzept der Galvanik von jenem eines privaten Clubs? Falls der Stadtrat dem zustimmt, worin rechtfertiger den Betriebsbeitrag an die Galvanik?

Neben den oben erwähnten Hauptanliegen der FDP-Fraktion bitten wir den Stadtrat auch folgende Fragen zur Übergangslösung zu beantworten, die während des Umbaus der Galvanik gefunden wurden.

6. Wurden Synergien mit der Chollerhalle genutzt? Wenn ja, in welcher Weise?
7. In der Abstimmungsbroschüre wurden 13 Übungsräume und Ateliers versprochen. Gibt es diese? Können sie in zufriedenstellendem Umfang vermietet werden? Entsprechen die Mieteinnahmen der Budgetierung?
8. Wurden die in der GGR Vorlage Nr. 1992 verlangten Anlässe organisiert? Sind jeweils auch 150 - 200 Gäste gekommen, wie das dort stipuliert wurde?
 - 8b) Warum haben die Anlässe nicht stattgefunden, falls dies nicht der Fall war?
 - 8c) Wurden trotzdem die ganzen öffentlichen Beiträge genutzt?
 - 8d) Für was wurden die Beiträge genutzt, wenn nicht alle Anlässe durchgeführt wurden?
9. Wurden die durch den Brand ausgelösten Versicherungsleistungen (Betriebsausfall- und Inventarversicherung) ausbezahlt? Falls ja, wurden die entsprechenden Mittel zweckgerichtet eingesetzt? Falls nein, warum nicht?

Ein neues Lokal braucht seine Anlaufzeit. In Anbetracht der neuen Situation und der neuen Infrastruktur bitten wir sie, auch diese Fragen zu beantworten.

10. Ist gewährleistet, dass die für die Galvanik eingesetzten Mittel betriebswirtschaftlich sinnvoll eingesetzt werden?
11. Im Betriebskonzept wird eine 50-Prozent-Stelle für die Sicherheit erwähnt. Braucht es diese wirklich? Wie erklärt sich der Stadtrat die Tatsache, dass auch eine externe Sicherheitsfirma im Auftrag der Galvanik arbeitet?
12. Wie rechtfertigt der Stadtrat den Personaletat von 550 Stellenprozenten und wie werden diese eingesetzt?
13. Suchtprävention wird im Betriebskonzept erwähnt. Ist gewährleistet, dass sich IGGZ-Vorstandsmitglieder und Mitarbeitende während ihrer Präsenzzeit in der Galvanik diesbezüglich als Vorbilder verhalten?

Vielen Dank für die Beantwortung dieser Fragen.“

Ratspräsident Jürg Messmer: In dieser Interpellation wird nicht schriftliche Beantwortung gewünscht. Wenn dies nicht ausdrücklich verlangt wird, ist gemäss GSO mündliche Beantwortung vorgesehen. Nach Rücksprache mit dem Stadtschreiber und dem Interpellanten Rainer Leemann hat man sich darauf geeinigt, dass diese Interpellation an der kommenden Sitzung vom 22. November 2011 mit der Frist einer mündlichen Reak-

tion schriftlich beantwortet wird. Ratspräsident Jürg Messmer bittet vor allem die älteren „Füchse“ der Fraktionen, auf solche Sachen zu achten und zukünftig Hilfestellungen zu leisten. Dies ist als Ausnahme gedacht und wird in Zukunft nicht mehr so akzeptiert, ansonsten müsste die Interpellation neu eingereicht werden.

Interpellation Karl Kobelt namens der FDP-Fraktion: Unterkunft für Asylsuchende im Altersheim Waldheim: Kommunikation durch die Hintertüre?

Mit Datum vom 13. Oktober 2011 hat Gemeinderat Karl Kobelt namens der FDP-Fraktion folgende Interpellation eingereicht:

„Wie unsere Fraktion am Montag, 10. Oktober 2011 über Umwege erfuhr, sollen im ehemaligen Altersheim Waldheim im Rahmen einer Zwischennutzung Asylsuchende untergebracht werden. Dies wirft Fragen auf. Sie sind inhaltlicher Art, betreffen aber auch die Kommunikation des Departements für Sicherheit, Umwelt und Soziales (SUS).

1. In jüngster Zeit wurden von Seiten des GGR mehrere Vorstösse zum Altersheim Waldheim eingereicht. Weshalb hat es Stadtrat Andreas Bossard unterlassen, bei der Beantwortung dieser Vorstösse die Karten offen auf den Tisch zu legen und seine Pläne darzulegen?
2. Geht der Stadtrat mit uns einig, dass es eine vertrauensbildende Zusammenarbeit zwischen Exekutive und Legislative braucht? Stimmt er mit uns überein, dass eine offene Kommunikation von Seiten des Stadtrates, etwa in Form von Berichten, der Vertrauensbildung förderlich sind? Falls er darin mit uns einig geht, weshalb hat er es unterlassen, im Fall der geplanten Zwischennutzung des Altersheims Waldheim das Parlament in Form eines Berichtes oder auf andere Weise direkt zu informieren?
3. Das Altersheim Waldheim ist bekanntlich stark sanierungsbedürftig. Offenbar ist es zurzeit niemandem zuzumuten, dort Wohnsitz zu nehmen. Welche Sanierungsmassnahmen sieht der Stadtrat vor dem Bezug des Altersheims durch Asylsuchende vor? Welche Kosten hat dies zur Folge?
4. Für welche Dauer ist die besagte Zwischennutzung vorgesehen? Stehen die nun notwendigen Investitionen in einem vertretbaren Verhältnis dazu? In der Beantwortung einer Interpellation betreffend Situation der Asylbewerber in der Stadt Zug von Philip C Brunner erläutert der Stadtrat bereits im Dezember 2009, dass er bis im Juni 2010 eine Variante als Ersatz für die Unterkunft Friedbach bereit stellen FDP. Die werde. Wir schreiben nun Oktober 2011. Was hat der Stadtrat in den vergangenen 16 Monaten gemacht respektive nicht gemacht?
5. Das Altersheim Waldheim steht in einem Wohnquartier an attraktiver Lage. Hat der Stadtrat alternative Standorte für eine Asylunterkunft geprüft? Falls nein, weshalb nicht? Falls ja, welche? Weshalb ist das Altersheim Waldheim ausgewählt worden?
6. Es ist bekannt, dass der Kanton Zug die Gemeinden dazu verpflichtet, Asylsuchende aufzunehmen. Dennoch hat die Stadt Zug bislang keinen Anlass dazu gesehen,

eine Asylunterkunft an bevorzugter Wohnlage einzurichten. Weshalb sieht sich der Stadtrat plötzlich veranlasst oder gezwungen, dies nun zu tun?

7. In der Nachbarschaft des Altersheims Waldheim sind bereits erhebliche Bedenken sowie Einwände zu dieser Zwischennutzung geäussert worden. Asylunterkünfte seien nicht an guten Wohnlagen einzurichten. Zudem würden unliebsame Vorkommnisse befürchtet. Bei einem Einbruch wäre beispielsweise eine Beschuldigung an die Adresse der Asylsuchenden schnell zur Hand, selbst wenn sich diese nicht erhärten liesse. Teilt oder versteht der Stadtrat diese Einwände und Bedenken? Falls ja, was antwortet er den besorgten Bürgerinnen und Bürgern?

Wir bitten um eine möglichst rasche schriftliche Beantwortung unserer Fragen.“

Ratspräsident Jürg Messmer stellt fest, dass von den Interpellanten die schriftliche Beantwortung der gestellten Fragen verlangt wird. Der Stadtrat hat hierfür gemäss § 43 Abs. 2 GSO drei Monate Zeit.

3. Motion der SVP-Fraktion und der CVP-Fraktion vom 26. September 2011 betreffend sofortiger Bestellung und Einkauf von Polizei-Assistenten Überweisung

Der Wortlaut dieser Motion befindet sich auf S. 5 f. des GGR-Protokolls Nr. 10 der Sitzung vom 26. September 2011.

Karl Kobelt: Die Gewährung von Sicherheit ist eine der wichtigsten Staatsaufgaben. Darin geht die FDP-Fraktion mit den Motionären einig. Doch diese richten ihr Begehren an die falsche Adresse: Für die Sicherheit ist der Kanton Zug und damit die Zuger Polizei zuständig. Zuständigkeit heisst in diesem Fall auch in der Pflicht, für die Leistungserbringung im Bereich Sicherheit zu finanzieren. Es kommt nicht in Frage, dass nun plötzlich die Stadt Zug für die Sicherheit selber zahlen muss. Das wäre systemwidrig. Es ist inkonsequent, wenn sich die Motionäre mit dem Rat für die Abschaffung der systemwidrigen NFA-Zahlungen der Stadt Zug aussprechen und nun die Systemwidrigkeit beim Einkauf von Sicherheits-Assistenten einfach ignorieren. Im September 2010 hat der Rat klar Nein gesagt zu den Polizei-Assistenten und dem Einsatz von Kräften der Firma Securitas für zwei Jahre zugestimmt. Diesen Entscheid vor Ablauf der zwei Jahre umzustossen, macht keinen Sinn. Kommt hinzu, dass der Zuger Kantonsrat zusätzliche Polizisten gutgeheissen hat. Also soll die die Wirkung dieser Verstärkung zuerst abgewartet werden. Voll ausgebildete Polizisten sind auch für die Gewährung der Sicherheit vorzuziehen. Die Kompetenz von Polizei-Gehilfen ist nicht über alle Zweifel erhaben, wie diese Posse (siehe aufgezeigte Folie) deutlich gemacht hat, die einem geschätzten Parlamentsmitglied widerfahren ist. Die FDP-Fraktion setzt weiterhin auf Erstklass-Polizisten, nicht auf Assistenzkräfte, die die Stadt Zug erst noch selber bezahlen müsste. Die FDP-Fraktion stellt den Antrag auf Nichtüberweisung und dankt für die Unterstützung.

Hugo Halter: Die letzte Folie von Karl Kobelt ist fast etwas persönlich. Zumindest ist das angesprochene Parlamentsmitglied etwas erschrocken. Genau wegen dieser Situation - und da können die Sicherheitsassistenten nicht verantwortlich gemacht werden - hat die CVP-Fraktion die Interpellation eingereicht. Damit soll die Rechtslage klar sein, wer wo wie reagieren muss. Dass Sicherheit immer ein Thema ist, das jeden Einzelnen betrifft, scheint unbestritten. Dass Sicherheit vermehrt ein Thema sein wird, zeigen nicht nur die emotionell geführten hitzigen Diskussionen, sondern auch die aktuellen Vorkommnisse und das aktuelle Thema in der Stadt Zug, im Kanton und in der Schweiz. Dass aber auch entsprechende Massnahmen zumindest geprüft werden sollten, bevor es evtl. zu spät ist, erscheint verschiedenen Exponenten leider ein unnötiges Übel zu sein. Dass professionelle Sicherheit aber auch kostet und zudem Sicherheit eine staatliche Kernaufgabe ist und für die verantwortlichen Politiker auch sein sollte, müsste erkannt sein. Hugo Halter stellt hier und heute im Saal fest, dass auf die Zuger Polizei Verlass ist und sie selbstverständlich ihren Auftrag sowie den berechtigten Hilferuf des GGR-Präsidenten und des Stadtrates professionell, schnell und diskret wahrnimmt. Die

Sicherheitsassistenten sind ein Element der Zuger Polizei und würden dem Stadtrat - so wie in anderen Gemeinden der Exekutive - professionell zur Verfügung stehen. Nur: Dafür müsste der Rat zumindest diese Motion überweisen. Und darum ersucht Hugo Halter den Rat um Überweisung der vorliegenden und gemeinsamen Motion der SVP und CVP.

Beat Bühlmann: In Theorie ist eigentlich alles klar: die Zuständigkeit und die Kostenverteilung. Die FDP-Fraktion hat eigentlich zu 100 % Recht. In der Praxis sieht es aber leider anders aus. Die zwei kürzlichen Verwaltungsveruche in Zug, der Jugendliche, dem das Handy gestohlen und in Malters aufgefunden wurde und viele andere Beispiele zeigen, dass es mit der Sicherheit nicht mehr ganz so ist, wie man das eigentlich haben möchte. Wichtig ist: Diese Motion ist keine Langzeitlösung. Das war offenbar nicht allen ganz klar. Die Motionäre möchten dies nur als Übergangslösung bis die bestellten Polizisten vom Kantonsrat ausgebildet sind und zur Verfügung stehen, bis das Bussenreglement vorhanden ist usw., damit man aktiv werden kann. Die Motionäre wünschen eine Zwischenlösung, die möglicherweise auf ein oder zwei Jahre begrenzt werden kann, die zwar Geld kostet, aber die Alternative dazu wäre nichts zu tun und zuzusehen, wie Gewalt und Vandalismus zunehmen, und dann einen grösseren Scherbenhaufen zu haben. Daher wurde die Motion so geschrieben. Beat Bühlmann hat aber auch keine Probleme, wenn sie zeitlich begrenzt wird. Damit könnte auch Zeit gewonnen werden, um einen sauberen Masterplan zu erarbeiten. Beat Bühlmann ersucht daher um Überweisung der Motion.

Philip C. Brunner hat im Rahmen des geführten Wahlkampfes mit zahlreichen Personen gesprochen. Dabei zeigte sich, dass Sicherheit die Bevölkerung beschäftigt. Die bürgerliche Zusammenarbeit wird ständig moniert und immer wieder gefragt, warum es nicht möglich sei, etwas gemeinsam zu erreichen. Philip C. Brunner erinnert diese jetzige Diskussion an die Diskussionen über Sicherheitsassistenten, welche bereits hier im Rat geführt wurden. Wieso kann man nicht über den eigenen Schatten springen und einmal eine gute Sache zumindest dem Stadtrat übergeben, damit eine mögliche Lösung angehört werden kann. Philip C. Brunner richtet daher seinen Appell in diesem Sinne an das freisinnige Lager, die grösste Fraktion im Rat, die sich sperrt, Sicherheit auf der Strasse realisieren zu wollen.

Astrid Estermann hat die FDP-Fraktion nicht so verstanden, dass ihr die Sicherheit nicht am Herzen liegt, wie das übrigens bei allen Ratsmitgliedern der Fall ist. Vor einem Jahr hat der GGR aber sehr ausführlich und breit dieses Thema diskutiert und sich nicht für Sicherheitsassistenten, sondern für zwei Jahre für Securitas ausgesprochen. Es fragt sich daher schon, ob ein solcher Entscheid bereits nach einem Jahr wieder über den Haufen geworfen werden soll. Der Rat hat damals das Thema ausführlich und sehr gut diskutiert. Man kann auch an einem solchen Entscheid festhalten. Abgesehen davon ist es blauäugig, zu meinen, dass mit Sicherheitsassistenten anstelle von Securitas das Sicherheitsproblem in der Stadt Zug gelöst ist. So einfach ist es leider nicht.

Karl Kobelt möchte an die Adresse von Philip C. Brunner die Frage stellen: „In welcher Stadt leben wir?“ Es ist eine zutiefst bürgerliche Stadt, welche baufreundlich und unternehmerfreundlich ist, die sich in den letzten Jahren bestens entwickelt hat. Wie anders wäre das möglich gewesen, wenn man nicht in den bürgerlichen Fraktionen zusammengehalten hätte und in die gleiche Richtung marschiert wäre. So schlecht ist zum Glück die bürgerliche Zusammenarbeit nicht. Zuhanden von Beat Bühlmann sei Folgendes festgehalten: Die Bewilligung für die zusätzlichen Polizeikräfte ist im Kantonsrat bereits erteilt worden. Karl Kobelt ersucht daher, abzuwarten, und ist überzeugt, dass es besser wird.

Martin Eisenring: Mit dieser Massnahme sind zwar die Sicherheitsprobleme nicht gelöst, es ist aber sicher ein Schritt in die richtige Richtung. Heute geht es um die Überweisung bzw. die Prüfung der Frage, ob es richtig ist. Im Rat wurde das Thema wiederholt diskutiert. Würde es den Rat und die Bevölkerung nicht so beschäftigen, wäre das Thema heute nicht mehr auf der Traktandenliste. Dass dem aber so ist, beweist, dass es sich um ein wichtiges Thema handelt. Bei den Diskussionen kommen immer wieder das Misstrauen gegenüber dem Kanton und die früheren Schwierigkeiten mit der Integration der damaligen Stadtpolizei in die Kantonspolizei zum Vorschein. Die Frage, ob Kanton oder Stadt zuständig sei, kann weiter diskutiert werden. Die Motionäre haben aber den Fokus nicht auf die dogmatische Frage gerichtet, sondern ihnen geht es darum, dem Bürger Sicherheit zu bieten. Die Frage Kanton oder Stadt darf nicht zu Ungunsten der Sicherheit diskutiert werden. Es soll ein Schritt vorwärts getan werden. Die Institution der Sicherheitsassistenten wurde geschaffen, um solche Probleme zu lösen, wie sie jetzt in der Stadt Zug bekannt sind. Martin Eisenring hat den Eindruck, dass eine Trotzreaktion erfolgt, indem man sich zwingend dagegen sträubt, obwohl es eine Lösung gäbe, die zumindest prüfenswert wäre.

Ratspräsident Jürg Messmer. Es ist ein Antrag für Nichtüberweisung gestellt. Hiefür ist eine 2/3-Mehrheit notwendig. Bei zurzeit 38 anwesenden Ratsmitgliedern beträgt diese 26 Stimmen.

Abstimmung

über den Antrag von Karl Kobelt namens der FDP-Fraktion für Nichtüberweisung:
Für den Antrag für Nichtüberweisung stimmen 22 Ratsmitglieder.

Ergebnis:

Ratspräsident Jürg Messmer stellt fest, dass mit 22 Jastimmen das notwendige 2/3-Quorum von 24 Stimmen nicht erreicht ist. Die Motion ist somit an den Stadtrat überwiesen. Dieser hat zwölf Monate Zeit, Bericht und Antrag vorzulegen.

4. Motion der SVP-Fraktion vom 12. Oktober 2011 zur Schaffung Asylanten-freier Zonen in der Stadt Zug Überweisung

Der Wortlaut der Motion befindet sich auf S. 5 dieses Protokolls.

Karl Kobelt spricht zum Stil und zur Tonalität dieses Vorstosses, nicht zu dessen Inhalt: Diese Motion ist pauschalisierend, tendenziös, voller Vorurteile sowie Mutmassungen und im Ton verletzend. Sie erinnert an die konsequente räumliche Ausgrenzung von Menschen – und damit an die düstersten Kapitel der jüngeren europäischen Geschichte. Damit auch verletzt dieser Vorstoss einen absolut unverzichtbaren Grundsatz unserer Kultur: Menschlichkeit und Respekt allen Mitmenschen gegenüber. Die FDP-Fraktion lehnt diese Motion einhellig ab und beantragt einstimmig, sie nicht zu überweisen. Die FDP-Fraktion erachtet diesen Vorstoss als nicht würdig, von diesem Rat in der Stadt Zug materiell behandelt zu werden. Sie stellt hiermit den Ordnungsantrag gemäss § 50 GSO auf Nichtdiskussion. Es geht nicht an, den Motionären die Bühne freizugeben, um sich rechtfertigen zu wollen, wo es keine Rechtfertigung gibt.

Ratspräsident Jürg Messmer: Gemäss § 50 muss über einen Ordnungsantrag sofort abgestimmt werden. Es können nur noch Voten zum Ordnungsantrag gestellt werden.

Manuel Brandenburg macht beliebt, diesen Ordnungsantrag abzulehnen, glaubt auch nicht, dass er rechtlich zulässig ist. Zuhanden des Protokolls sei dies zumindest mit einem Fragezeichen versehen. Der Redner der FDP hat von der Kultur, vom Respekt gegenüber den Mitmenschen gesprochen und will nun offenbar in Nachachtung dieser Kultur eine Diskussion im Keime ersticken. Es gehört ja auch zur guten demokratischen Kultur und wohl auch zur Menschlichkeit. So wie sie die FDP versteht und so, wie sie Manuel Brandenburg versteht, ist das nicht die gleiche Menschlichkeit, dass jemandem das rechtliche Gehör gewährt wird. Das rechtliche Gehör gehört auch dazu, dass über so etwas gesprochen werden kann und die Motionäre sagen können, warum sie die Motion eingereicht haben, die im Übrigen gar nicht so schlimm ist, wenn man sie wirklich durchliest, wie das jetzt hier so oberflächlich unterstellt wird. Es wird von der FDP-Fraktion auch gesagt, man spreche nicht über den Inhalt, sondern nur über den Stil. Beides hängt aber zusammen. Wenn man den Inhalt liest, sieht man, dass auch der Stil gar nicht so schlimm ist. Manuel Brandenburg ersucht daher um Ablehnung des Ordnungsantrages.

Ratspräsident Jürg Messmer äussert sich noch kurz zum Ordnungsantrag: § 50, Ordnungsanträge, sieht nicht explizit keine Diskussion vor. Das ist so nicht aufgelistet. Somit kann aus Sicht des Ratspräsidenten dieser Antrag auch nicht so gestellt werden.

Karl Kobelt: Unter Abs. 1 ist vom Schluss der Beratung als möglicher Inhalt des Ordnungsantrages die Rede. Das meint die FDP-Fraktion und beantragt daher Schluss der Beratung.

Ratspräsident Jürg Messmer: Das ist möglich. Wenn dem zugestimmt wird, gibt es auch keine Diskussion mehr. Bevor „Schluss der Beratung“ beantragt werden kann, muss jedoch eine Diskussion stattgefunden haben.

Karl Kobelt wird sich allenfalls nochmals melden.

Manfred Pircher: Die diversen Reaktionen auf diese Motion haben grosse Wellen geworfen bei Politikern vor allem der linken Seite. Frau Susanne Giger griff Manfred Pircher sogar persönlich mit einem offenen Brief an, unterstützt von der Stadtverwaltung, was sehr ungewöhnlich und fragwürdig ist. Da es sich um eine Fraktionsvorlage handelt und sie Gelegenheit hat, sich im GGR dazu zu äussern. Manfred Pircher lässt sich auch nicht von Joe Lang und seinen Getreuen etwas Teuflisches in den Vorstoss hinein interpretieren, was überhaupt nicht den Tatsachen entspricht. Auch die Anschuldigungen und Verunglimpfungen der SVP in den Leserbriefen der Vereinigten Linken erbrachten nicht den erhofften Erfolg bei den Nationalratswahlen. Sogar die Stadträtin empörte sich über die Vorlage in einem Leserbrief, wo sie doch in ihrem Departement weiss Gott genug ungelöste Probleme hat. Nun muss aber noch eines richtig gestellt werden: Die SVP-Fraktion weist vehement die ihr unterstellten Vorwürfe mit aller Schärfe zurück. Die SVP-Fraktion ist weder rechtsextrem noch antisemitisch. Die SVP-Fraktion steht zu den schweizerischen Traditionen im humanitären Bereich, sprich echte Flüchtlinge, welche mit Leib und Leben bedroht sind. Die FDP-Fraktion steht nach wie vor zu ihrer Meinung: sie will keine Asylunterkünfte direkt in der Stadt Zug in Wohnquartieren. Das Wort „Internierungslager“ hat nicht die SVP-Fraktion erfunden. Es war übrigens die FDP, welche im Nationalrat diese Forderung schon früher gestellt hatte. Karl Kobelt wird gebeten, dies zur Kenntnis zu nehmen. Es sagte dies nämlich der Polizeidirektor des Kantons Bern, Herr Hansjürg Käser, immerhin Vizepräsident der Konferenz der Kantonalen Justiz- und Polizeidirektoren, in der NZZ vom Sonntag, 8. Mai 2011. Im Übrigen hat die SVP-Fraktion das Wort „Internierungslager“ klar definiert. Der Kanton Zug hat seit dem 28. Mai 1983 bis in die 90er Jahre Sowjetsoldaten, Kurden, Tamilen, also Flüchtlinge, interniert und zwar auf dem Zugerberg. Eventuell erinnern sich noch einige daran, dass zunächst die Flüchtlinge die Baracken noch selber angezündet haben, weil ihnen angeblich der Komfort fehlte und sie sich lieber in der Stadt aufhielten. Man hatte ihnen Fahrräder zur Verfügung gestellt, damit sie zur Zugerbergbahn fahren konnten. Sie haben diese aber zerstört, damit man sie nachher mit dem Bus befördern musste. Nun bittet Manfred Pircher, wieder zur Sache zu kommen und die Motion der SVP-Fraktion zu überweisen, damit der Stadtrat die wichtigen Fragen, welche die Bevölkerung unter den Nägeln brennen, auch beantworten kann.

Karin Hägi: Die SP-Fraktion stellt Antrag auf Nichtüberweisung mit folgender Begründung: Die eingereichte Motion der SVP Stadt Zug betreffend Unterbringung von Asyl-

suchenden in der Stadt Zug zeigt ein erschreckendes Gedankengut, das den meisten nur aus Geschichtsbüchern bekannt sein dürfte. Die „Schaffung Asylanten-freier Zonen in der Stadt Zug“ und Prüfung von "Internierungslagern" sind eines liberalen Rechtsstaates nicht würdig. Diese Motion ist menschenverachtend und zeigt ein Menschenbild, das an Arroganz nicht zu überbieten ist. "Asylanten-freie Zonen" haben in einem Rechtsstaat mit humanitärer Tradition wie der Schweiz nichts verloren. Die ausführlichen abschätzigen Äusserungen zu Asylsuchenden sind für die Stadt Zug mit ihrer internationalen Ausstrahlung sehr bedenklich. Über Personen zu lästern und sie allgemein als Kriminelle abzustempeln, ist mehr als niveaulos. Etwas harmlos ausgedrückt, kommt Karin Hägi die SVP vor wie ein pubertierender Haufen, der provozierend seine Grenzen auslotet, um Aufmerksamkeit zu erhaschen. Mit dem vorliegenden Motions-text sind die Grenzen des Anstandes gegenüber anderen Erdenbürgern auf primitivste Art überschritten worden. Dass konsequent der von rechten Kreisen erfundene erniedrigende Begriff Asylanten statt Asylsuchende benutzt wird, erstaunt da schon gar nicht mehr. Aufgeführt sind vier Anträge, die jeglichen Realitätsbezug und die Umsetzungsfähigkeit fehlen lassen. Und das von einer Partei, die für sich in Anspruch nimmt, zu handeln, statt nur zu reden. Probleme über die Stadtgrenze zu schieben, ist nicht einmal ein Lösungsansatz. Die Bevölkerung der umliegenden Gemeinden inklusive der dort ansässigen SVP würde sich bedanken ob dieser „Nachbarschaftshilfe“. Dieser Vorstoss zeigt wieder einmal mit aller Deutlichkeit, was die SVP unter Demokratie versteht, nämlich, sie allein hat die richtigen Werte und die richtige Überzeugung. Jegliche andere Haltung ist falsch. Dass es auch anders geht, beweist die CVP mit ihrer Motion. Gleichartiges Anliegen, aber anderer Stil. Die Diskussion über Unterkünfte für Asylsuchende kann und soll geführt werden, aber die SP-Fraktion ist nicht bereit, dies auf dem Niveau der SVP-Motion zu tun. Karin Hägi ersucht daher den Grossen Gemeinderat, den Antrag auf Nichtüberweisung zu unterstützen, damit sich in der demokratischen Stadt Zug auch weiterhin alle wohl fühlen können.

Stefan Hodel dankt der FDP, welche zu Beginn dieses Traktandums diese deutlichen Worte gewählt hat. Diese Motion ist menschenverachtend. Die Motion stellt Teile der Bevölkerung, nämlich die Asylsuchenden, in ein denkbar schlechtes Licht. Alle hier im Rat haben zu Beginn dieser Legislaturperiode, es ist noch kein Jahr her, Folgendes gelobt: Sie wollen die Rechte der Bewohnerinnen schützen. Zur Kategorie „Bewohnerinnen“ zählen alle Menschen dieser Stadt, unabhängig von der Aufenthaltsbewilligung, also auch Asylbewerberinnen und -bewerber. Die Motion ist ausgrenzend, Asylsuchende sind in erster Linie Menschen, sie sollen mitten unter uns leben dürfen und nicht in Industriezonen verbannt werden, und auch nicht auf den Zugerberg. Stefan Hodel war damals mit den Russen dort und hat sie selber noch bewacht. Er hat auch die Situation mit den Asylbewerbenden mitbekommen. Das ist auch ein Ghetto: ein Ghetto im Grünen. Die Motion ist diffamierend. Die Motionäre verbreiten Unwahrheiten: Es stimmt nicht, dass Asylsuchende nur in den aller seltensten Fällen echte Flüchtlinge sind. Das kann auf der Homepage des Bundesamtes für Migration nachgeschaut werden. Im letzten Quartal erhielten laut Bundesamt für Migration 25 % aller Gesuchsteller einen positiven Asylentscheid. Die Motion ist gefährlich: Verbale Ausgrenzung und

Diffamierung können Vorläufer von gewalttätigen Ausschreitungen sein (Zitat: Georg Kreis, Präsident der eidgenössischen Kommission gegen Rassismus). Es kann zu Ausschreitungen und Vorfällen kommen wie sie in den 80er Jahren auch im Kanton Zug erlebt werden mussten. Die älteren erinnern sich vielleicht: Damals wurde ein Tamile durch die Zuger Altstadt gehetzt und verletzt, alleine weil er eine andere Hautfarbe hatte. Damals kam es in Steinhausen zu einem Überfall auf das Asylzentrum unter der Führung von Marcel Strebel, dem Chef der patriotischen Front. Marcel Strebel ist vor 10 Jahren gestorben, er wurde im Streit von einem Kollegen erschossen. Sein Gedankengut lebt in dieser Motion weiter. Hinter der Motion der SVP steckt System: Man provoziert einmal mehr bewusst, geht an die Grenzen des Zumutbaren, oder hier, darüber hinaus. Die dadurch gewonnene Aufmerksamkeit ist willkommen. „Setzen wir ein Zeichen, sagen wir deutsch und deutlich: Nein, so nicht!!“

Stadtpräsident Dolfi Müller: Beim vorherigen Traktandum konnte man es bemerken: Der Stadtrat hat die Praxis entwickelt, sich ohne Not bei der Überweisungsdebatte eines Vorstosses nicht zu Wort zu melden. Zwei gewichtige Gründe haben den Stadtrat aber in diesem Fall bewogen, von dieser Praxis abzuweichen.

1. Geht es um den Geist der Bundesverfassung: In der Stadt Zug wird niemand ausgegrenzt, auch nicht die Verfasser von Vorstössen, die wesentliche Grundrechte der Verfassung in Frage stellen. Ein Diskussionsverbot hier im GGR wäre eine solche Ausgrenzung gewesen. Es ist nötig, dass hier über das Thema gesprochen wird. Dennoch weist der Stadtrat und - davon ist Stadtpräsident Dolfi Müller überzeugt - letztlich die ganze Zuger Bevölkerung einen politischen Vorstoss, der die Menschenwürde von Asylbewerberinnen und Asylbewerbern offensichtlich nicht respektiert, entschieden zurück. Notabene haben diese Menschen kraft Bundesrecht - sprich Asylrecht - ein klares Recht, hier ein Asylgesuch zu stellen und den Entscheid in der Schweiz abzuwarten. Deshalb hat der Stadtrat entschieden, das leer stehende ehemalige Altersheim Waldheim für eine befristete Zwischennutzung als Asylwohnheim zur Verfügung zu stellen.
2. Geht es um den Ruf der Stadt Zug: Alle wissen, dass ein Drittel der Anwesenden im Rat reicht, um diese Motion zu überweisen. Dabei interessiert es draussen in der Schweiz niemanden, dass es einen Unterschied gibt zwischen Überweisung und Erheblicherklärung einer Motion. Daher ist es im Klartext äusserst wichtig, dass keine Überweisung stattfindet. Die Stadt Zug muss mit ziemlich hässlichen Schlagzeilen rechnen, wenn jetzt dieser Vorstoss überwiesen wird. Bilder von Zug, die einfach nicht stimmen, wollen wir uns ersparen. Eine Überweisung fördert exakt die Aufmerksamkeit, welche die Initianten dieses Vorstosses ziemlich bewusst gesucht haben. Diesen Gefallen will man ihnen nicht tun. Mit einer Überweisung werden Ängste geschürt statt Verständnis geweckt. Und gute Politik sollte nicht Öl ins Feuer giessen.

Die emotionale, aber letztlich faire öffentliche Debatte im Casino war ein eindrücklicher Tatbeweis demokratischer Kultur in der Stadt Zug. Viele Menschen in der Schweiz schauen heute auf Zug. Der GGR hat es in der Hand, das Richtige zu tun. Denn letztlich

geht es nicht nur - wie Bundesrichter Thomas Merkli einmal sagte - um die Würde der Hilfsbedürftigen, letztlich geht es um die eigene Menschenwürde.

Ratspräsident Jürg Messmer: Eine Überweisung bedeutet, dass der Stadtrat den Auftrag erhält, die Motion zu beantworten. Erheblicherklärung ist der Auftrag, diese auch umzusetzen. Dies eine Erklärung für die Medien und die Zuschauer, damit Klarheit herrscht.

Martin Eisenring: Auch die CVP-Fraktion ist für Nicht-Überweisung. Die Wortwahl ist hier wirklich mehr als nicht geglückt. Beim genaueren Lesen können Tendenzen hin zum Rassismus entdeckt werden, auch wenn dies hoffentlich nicht direkt die Intention war, was auch niemandem unterstellt wird. Es ist klar, dass das Asylwesen in erster Linie eine Sache des Schweizerischen Bundesstaates ist und daher auch der Kanton und die Gemeinden in Zug sich an diese Vorgaben zu halten haben. Sie haben das weder in der Vergangenheit noch in der Zukunft nicht ungern getan. Es ist eine wichtige und noble Aufgabe, die so gerne ausgeführt wird. Dennoch darf die Motion nicht einfach losgelöst von allem, was vorher passierte, betrachtet werden. Es hat einen klaren Anlass dazu gegeben, nämlich das Altersheim Waldheim als Zentrum für Asylsuchende umzunutzen. Hier ist der Unmut sehr gross, vor allem auch, wenn man sieht, was in der Vorgeschichte geschehen ist. Lange wurde immer wieder erklärt, das Frauensteinmatt müsse gebaut werden, weil die Pflege- und Altersplätze fehlen. Jetzt zeigt sich, dass dem anscheinend nicht so ist und hier eine Nutzung als Asylzentrum möglich sein soll. Es gab auch andere Liegenschaften in der Stadt Zug. Z.B. gibt es jetzt an der Grabenstrasse ein Hotel. Das soll in keiner Weise kritisiert werden. Aber auch dies hätte als Asylsuchendenzentrum genutzt werden können. Es zeigt sich hier der Eindruck, das eine Hauruckübung und ohne das Parlament und die Bevölkerung rechtzeitig zu informieren, Fakten geschaffen werden sollen. Dagegen wehrt sich die CVP-Fraktion. Das hat aber nichts mit der Nichtüberweisung der Motion zu tun. Das Thema ist bedeutend und muss aufgegriffen werden, vor allem, wenn es darum geht, neue Pflegeplätze zu schaffen.

Ratspräsident Jürg Messmer mahnt, zur Überweisung der Motion und nicht zum Thema Waldheim zu sprechen.

Philip C. Brunner: Dicke Post, was hier abgeliefert wird! Zu seinen persönlichen Erfahrungen möchte Philip C. Brunner etwas ausführen, damit er nicht den Eindruck eines Rassisten erweckt, wie die SVP-Fraktion bezeichnet wurde. Die Sprecherin der SP-Fraktion hat dazu noch einige andere Worte gebraucht wie z.B. primitiv, pubertierender Haufen, niveaulos, komisches Menschenbild usw. Philip C. Brunner ist mit Asylbewerbern aufgewachsen. Er hat mit Tschechen die Kantonsschule besucht, welche damals aus Prag vor dem Kommunismus geflüchtet waren. In der Primarschule war Philip C. Brunner mit Tibetern, welche in den 50er Jahren aus dem Tibet geflüchtet waren. 1986 hat Philip C. Brunner selber Dissidenten aus China angestellt und beschäftigt noch heute Asylbewerber. Philip C. Brunner fühlt sich hier total im falschen Film und weist alle diese Anschuldigungen, insbesondere auch die Worte des Fraktionsprechers der

FDP, zurück. Am 15. Dezember 2009 hat Philip C. Brunner die Antwort des Stadtrates, Vorlage Nr. 2073, zur Asylbewerbersituation in der Stadt Zug erhalten. Damals hat er präzise Fragen gestellt. Am 13. April 2010 wurde an der Ratssitzung Nr. 89 im Protokoll festgehalten, dass sich der Stadtrat ausserordentlich Mühe gegeben habe und die Antwort von Pietro Ugolini präzise sei. Philip C. Brunner ist etwas erstaunt, wenn der Redner der CVP-Fraktion abgewatscht wird, da er nicht zum Thema Waldheim sprechen darf. Natürlich besteht ein Zusammenhang mit dem Waldheim, und über das Waldheim und die unsägliche Politik des Stadtrates beim Waldheim muss hier gesprochen werden. Philip C. Brunner besteht daher darauf, dass über das Thema Waldheim als Ursache dieser ganzen Geschichte gesprochen wird.

Ratspräsident Jürg Messmer: Das Thema Waldheim ist hier und jetzt nicht die Debatte, sondern die Motion zur Schaffung Asylanten-freier Zonen in der Stadt Zug. Ausschlaggebend ist nicht in erster Linie das Waldheim für diese Motion. Auch wenn dies noch ausschlaggebend war, hat es jetzt und hier keinen Platz, um über das Waldheim zu diskutieren. Es geht um die Überweisung dieser Motion, weshalb alle Ratsmitglieder gebeten werden, zu dieser Überweisung zu sprechen und nicht zum Thema Waldheim.

Philip C. Brunner: Natürlich geht es um das Waldheim. Das Waldheim ist in einer gar nicht konformen Zone. Das war der Inhalt des damaligen Vorstosses. Der Stadtrat hat die Bevölkerung um das Waldheim zu einer Aussprache bzw. einer Information eingeladen. Eine erste Kommunikationsspanne überhaupt. Das hat die SVP-Fraktion an diesem 12. Oktober zur Einreichung des Vorstosses bewogen. Anschliessend folgten die Fraktionen der CVP und FDP mit sehr anständigen und ausgewogenen Interpellationen nach. „Es tut mir leid, ich finde das nicht in Ordnung, dass jetzt einfach abgebrochen wird. Ich protestiere, dass nicht über das Thema gesprochen wird, sondern um das Thema herum. Ich bin sehr enttäuscht, Herr Präsident.“

Ratspräsident Jürg Messmer: In der Motion ist nirgends das Wort Waldheim aufgeführt. Somit hat das Waldheim keinen Platz in dieser Debatte. Es geht um die Überweisung.

Philip C. Brunner: Wo wäre das Interesse der SVP mitten in einem Jahr einfach eine solche Interpellation zu machen?

Ratspräsident Jürg Messmer: Es ist ein Ordnungsantrag offen. Wird dieser noch gestellt?

Philip C. Brunner: So geht es nicht. Zuerst wird ein Sprecher einfach gestoppt.

Ratspräsident Jürg Messmer: Es geht darum, dass das Waldheim keine Diskussion ist, sondern nur die Überweisung der Motion.

Karl Kobelt: Der Zeitpunkt ist gekommen: Der GPK-Präsident und die Fraktionen konnten sich ausführlich äussern. Karl Kobelt stellt namens der FDP-Fraktion den Ordnungsantrag auf Abschluss dieser Debatte und abzustimmen.

Ratspräsident Jürg Messmer: Es kann nun nur noch zum Ordnungsantrag gesprochen werden.

Manuel Brandenburg, rät davon ab, dem Ordnungsantrag zuzustimmen, denn es haben erst die Fraktionssprecher gesprochen. Der Grosse Gemeinderat umfasst 40 Mitglieder, welche vom Volk gewählt sind. Möglicherweise möchte jeder einzelne oder einige auch noch etwas dazu sagen. Der Fraktionschef der FDP versucht mit diesem Antrag zum zweiten Mal in dieser Sitzung, seine Hauruckpolitik durchzusetzen. Zu Stadtpräsident Dolfi Müller sei festgehalten, dass hier für die Leute der Stadt Zug politisiert wird und nicht für das Image von irgend jemandem in der Schweiz.

Karl Kobelt: Der Zweck des Ordnungsantrages ist es, jetzt die Dinge zu einem Ende zu führen, weshalb Karl Kobelt den Rat inständig bittet, diesem Antrag zuzustimmen, möglicherweise auch etwas zum Schutz der SVP selber.

Philip C. Brunner spricht nochmals zum Ordnungsantrag und findet das gar nicht in Ordnung: Von Karl Kobelt, dem Fraktionschef der FDP wird hier etwas verwechselt. Was hat das mit der GPK zu tun? Philip C. Brunner spricht hier als Einzelsprecher, als Parlamentsmitglied, weil er und seine sieben Kollegen der SVP-Fraktion in dieser Diskussion unsäglich beleidigt wurden. Das wird einfach weggewischt. Man kann jemanden auswatschen und kommt mit einem Ordnungsantrag. Die Diskussion wird geführt. Man kann nicht in einem Parlament die Diskussion stoppen, nur weil hier emotionell reagiert wird. Philip C. Brunner fühlt sich beleidigt und fände es komisch, wenn er dann nicht emotionell reagieren würde. Das ist sein gutes Recht. Was Philip C. Brunner hier anhören musste, findet er beleidigend. Jetzt kann über den Ordnungsantrag abgestimmt werden.

Urs Bertschi: Philip C. Brunner kann froh sein, dass ihm das Wort nicht entzogen wurde. Gemäss § 52 der Geschäftsordnung hätte ihm der Präsident nach zweimaliger Mahnung das Wort entziehen oder ihn sogar von der Sitzung ausschliessen können. Philip C. Brunner futierte sich über jedwelche Abmahnung. Insofern hat Philip C. Brunner diesen Ordnungsantrag selber verschuldet. Er hat hier eine vielleicht noch sinnvolle Diskussion knallhart abgebrochen. Zum Thema an sich findet Urs Bertschi das richtig, Waldheim wird noch Thema werden, ist es aber heute nicht.

Willi Vollenweider möchte sich gerne auch zur Kritik am Text der SVP-Motion äussern.

Ratspräsident Jürg Messmer unterbricht und stellt klar, dass nur zum Ordnungsantrag gesprochen werden kann. Bevor weiter zum Inhalt gesprochen werden kann, muss zuerst über den Ordnungsantrag abgestimmt werden.

Willi Vollenweider protestiert heftigst dagegen, dass in einem Parlament die Parlamentarier sich nicht frei äussern dürfen. Die Parlamentarier sind nicht der Immunität unterstellt. Sie sind erwachsene Personen und dürfen sagen, was sie meinen. Oder hat jetzt diese Philosophie, die zum Teil von Prof. Kreis in der Schweiz verbreitet wurde, in Zug auch Einzug gehalten? Von der FDP werden hier im Parlament der Stadt Zug Maulkörbe beantragt und verteilt. Dagegen protestiert Willi Vollenweider aufs heftigste. Das ist ein Verstoß gegen sämtliche demokratischen Prinzipien. Dass die FDP dahinter steht, macht Willi Vollenweider echt Sorgen. Wenn das rechtsstaatliche Denken und Verständnis hier im Parlament der Stadt Zug so weit abgesunken ist, kann dieses Parlament einfach liquidiert werden.

Ratspräsident Jürg Messmer: Der Grosse Gemeinderat hat sich seine Geschäftsordnung selber auferlegt. § 50, Ordnungsanträge, Abs. 2, lautet klar: Ist ein Ordnungsantrag gestellt, so wird die Beratung über den Hauptgegenstand bis zur Erledigung des Ordnungsantrages unterbrochen.

Abstimmung

über den Ordnungsantrag von Karl Kobelt namens der FDP-Fraktion auf Abbruch der Diskussion:

Für den Antrag von Karl Kobelt namens der FDP-Fraktion stimmen 30 Ratsmitglieder, dagegen stimmen 7 Ratsmitglieder.

Ergebnis:

Ratspräsident Jürg Messmer stellt fest, dass der GGR mit 30:7 Stimmen den Ordnungsantrag von Karl Kobelt namens der FDP-Fraktion für Abbruch der Diskussion gutgeheissen hat.

Abstimmung

über den Antrag von Karl Kobelt namens der FDP-Fraktion und Karin Hägi namens der SP-Fraktion für Nichtüberweisung:

Für den Antrag von Karl Kobelt namens der FDP-Fraktion und Karin Hägi namens der SP-Fraktion stimmen 29 Ratsmitglieder.

Ergebnis:

Ratspräsident Jürg Messmer stellt fest, dass mit 29 Jastimmen und ohne Ermittlung des Gegenmehrts die notwendige 2/3-Mehrheit von 26 Stimmen für die Nichtüberweisung erreicht ist. Die **Motion Manfred Pircher namens der SVP-Fraktion zur Schaffung Asylanter-freier Zonen in der Stadt Zug ist somit nicht überwiesen und kann als erledigt von der Geschäftskontrolle abgeschrieben werden.**

5. Motion der CVP-Fraktion vom 14. Oktober 2011 betreffend sofortige Kontaktnahme mit anderen Gemeinden und Suche einer gemeinsamen und nachhaltigen Lösung für die Unterbringung von Asylsuchenden Überweisung

Der Wortlaut der Motion befindet sich auf S. 6 f. dieses Protokolls.

Hugo Halter: Es geht hier auch um das Waldheim. Hugo Halter ersucht um Überweisung der Motion. Die Stossrichtung der Motion ist lösungsorientiert. Die CVP-Fraktion möchte, dass der Stadtrat hier eine Strategie vorlegt. Sie soll es ermöglichen, langfristig, nachhaltig und evtl. gemeinsam mit anderen Gemeinden eine Planung und Realisierung zu ermöglichen. Es kann und darf nicht sein, dass praktisch über Nacht und entgegen anderen Aussagen des Stadtrates hier im Parlament kurzfristige Varianten deponiert werden, die zu heftigen Reaktionen aus der Bevölkerung führen. Die Politik muss hier verbindlicher sein. Hugo Halter ersucht daher um Überweisung der vorliegenden Motion der CVP und dankt auch im Namen der direkt betroffenen Bevölkerung dafür.

Manfred Pircher: Die SVP-Fraktion wird den Antrag für Überweisung der Motion gutheissen.

Stefan Hodel ist etwas erstaunt über dieses Vorgehen. Eine Motion wird eingereicht und an sich diskussionslos überwiesen, ohne dass hier das Wort verlangt wird, sofern nicht ein Antrag auf Nichtüberweisung gestellt wird. Ein solcher Antrag für Nichtüberweisung wurde heute bis jetzt nicht gestellt. Folglich erübrigt sich die Diskussion.

Ratspräsident Jürg Messmer könnte sich vorstellen, dass gewisse Personen einfach wieder Ruhe in den Rat bringen wollten, und hat daher die Wortmeldungen zugelassen.

Das Wort wird nicht mehr verlangt.

Ergebnis:

Ratspräsident Jürg Messmer: Die Motion ist somit an den Stadtrat überwiesen. Dieser hat nun zwölf Monate Zeit, dem GGR Bericht und Antrag vorzulegen.

6. Zuger Chesslete und Zunft der Letzibuzäli: Wiederkehrende Beiträge für die Jahre 2012 - 2015

Es liegen vor:

Bericht und Antrag des Stadtrats Nr. 2167 vom 23. August 2011

Bericht und Antrag der GPK Nr. 2167.1 vom 3. Oktober 2011

Eintreten

Das Wort wird nicht verlangt.

Ergebnis:

Ratspräsident Jürg Messmer stellt fest, dass kein Nichteintretensantrag gestellt ist und somit Eintreten als stillschweigend beschlossen erscheint.

Detailberatung

Philip C. Brunner, Präsident GPK, verweist grundsätzlich auf Bericht und Antrag. Die GPK empfiehlt einstimmig die Bewilligung der wiederkehrenden Beiträge. Der grösste Diskussionspunkt war der in der Kommission gestellte Kürzungsantrag auf CHF 50'000.--. Dieser wurde mit 2:5 Stimmen abgelehnt. Insgesamt begrüsst die GPK diese Unterstützung der Fasnacht als Tradition der Stadt Zug. Der Grund liegt vor allem darin, dass die Sicherheitskosten von der Zuger Polizei den Vereinen in Rechnung gestellt werden. Da die Vereine damit überfordert sind, müssen sowohl die Stadt Zug wie auch die übrigen Zuger Gemeinden Unterstützung leisten. Die GPK ersucht daher den Rat um Zustimmung dieser Vorlage.

Barbara Hotz weist der guten Ordnung halber darauf hin, dass der Antrag der GPK nicht einstimmig, sondern mit einem 6:1-Entscheid erfolgte.

Franz Weiss: Die CVP-Fraktion unterstützt den Antrag des Stadtrats für den Beitrag für die Vereinigung Zuger Chesslete und die Letzibuzäli Zunft. Beide Vereinigungen leisten einen wichtigen sozialen und kulturellen Beitrag in der Stadt Zug. Die immer höher werdenden Kosten für die Sicherheits- und Werkhofleistungen sind für beide „non Profit Organisationen“ nicht mehr finanzierbar. Beide Organisationen versuchten mit Aktionen und Anlässen ihre Vereinseinnahmen zu erhöhen, was nur teilweise gelang. Aus diesem Grunde stellten sie den Antrag für den Beitrag. Die CVP-Fraktion bittet den Grossen Gemeinderat um breite Unterstützung.

Rainer Leemann: In der Vorlage wird die Fasnacht als Kulturgut erwähnt. In dieser Vorlage geht es darum, ob die Fasnacht als Kulturgut beibehalten werden will oder nicht, denn eine Weiterführung dieser Tradition ist ohne öffentlichen Beiträge in Frage gestellt. Die FDP-Fraktion setzt sich mit Vehemenz für die Weiterführung der Fasnacht ein. Weshalb? Rainer Leemann möchte dies anhand vier Punkte zeigen, nämlich das Ange-

bot, die Besucherzahlen, die Kosten und die Integration. Das Angebot lässt sich sehen. Die Chesslete bietet eine Tagwache, Chesselwy, Umzug mit den Stadtschulen und hundertern von Kinder, Konfettischlacht, Fiiirabig Musig, Familien-Zmorge und die Kinderfasnacht an. Dazu kommt, dass die Zuger Chesslete die Innenstadt dekoriert, Werbung und Inserate macht und die Extrabusse und Stadtbahnen selber berappt. Auch das Angebot der Letzibuzäli ist sehr attraktiv: Ein Umzug, die Letzibutzali-Meile und einiges mehr. Die Besucherzahlen können nur geschätzt werden, sind aber mit Sicherheit bemerkenswert. Die Strassenränder bei den Umzügen sind voll und nur schwer zu schätzen. Die Spannweite bewegt sich zwischen 5'000-15'000 Besucher. Es muss wohl nicht erwähnt werden, wie viel Geld für verschiedene "kulturelle" Organisationen gesprochen wird. Da sollten dem GGR die beantragten CHF 60'000.-- wert sein, um die Fasnachtsattraktionen weiterhin zu ermöglichen. Immer höhere Auflagen verursachen Kosten. Die Fasnachtsvereine können diese nicht aufbringen. Ohne Entschädigung kann die Fasnacht als wichtiger Bestandteil unserer Volkskultur nicht in der gewohnten Form aufrecht erhalten werden. Fasnacht ist Integration! Immer wieder hört man, dass es zu viele Expats oder andere Ausländer in Zug hat. Dies ist auch an der Fasnacht so. Oftmals wird man auf Englisch, Französisch oder in einer anderen Sprachen angesprochen. An der Fasnacht kann jeder an jeden Tisch sitzen und sich mit den Besucherinnen und Besucher unterhalten und schon werden Freundschaften geschlossen. Diese Form der Integration muss gefördert werden. Sie ist viel effizienter als all die teuren Integrationsprojekte. Rainer Leemann ist der festen Überzeugung, dass mit dieser Vorlage der Stadt Zug zu einem Mehrwert verholfen wird. Mit der überwiegenden Mehrheit der FDP-Fraktion bittet Rainer Leemann um Zustimmung dieser Vorlage.

Louis Bisig: Es ist die erste Vorlage, welche beim Lesen freudige Bilder, Szenen vergangener Zeit hervor holte. Die Befangenheit von Louis Bisig bezüglich der Fasnacht, der „fünften Jahreszeit oder schönsten Zeit“ wie sie auch benannt wird, wäre hiermit deklariert. Nie hätte er geglaubt, dass er von diesem Pult einen Dank an diejenigen aussprechen könnte, die sich für den Erhalt dieses Kulturgutes einsetzen. Danke. Die Fasnacht als Gegenstück des „normalen Lebens“ funktioniert ohne Leistungsvereinbarung, ohne Evaluation, ohne Bewertungskriterien, die datengesicherte Aussagen erlauben, - aber sie überlebt eben auch nicht ohne Geld. Wen tief greifende Sorgen über das Kosten-Nutzen Verhältnis plagen, dem sei die Arbeit im Internet über den volkswirtschaftlichen Nutzen der Baslerfasnacht empfohlen. Es darf aber nicht verschwiegen werden, dass mit dem Fasnachtsumzug vermehrt Strassen-Randständige in Zug zu sehen sind. Die Letzibuzäli unterhalten eine Kaderschmiede für Stadträte, diese werden mit monarchischen Werten indoktriniert. Zu prüfen ist auch, ob der Alkoholgenuss von 18'00 – 06'00 zu verbieten sei, denn ältere trinkfeste Fasnächtler können mit den in der Freizeit trainierten Jugendlichen in der „normalen Welt“ kaum mithalten. Bevor dieses Votum in eine Büttenrede ausartet, verkündet Louis Bisig, dass die SP-Fraktion den Antrag des Stadtrates unterstützt und sie ihm zustimmt.

Martin Kretz: Wenn nun erwartet wird, dass von der SVP ein Veto eingelegt wird, muss der Rat enttäuscht werden. Ebenso müssten die Anwesenden enttäuscht werden, wenn

sie meinen, dass die SVP-Fraktion einen Antrag auf Kürzung der Gelder stellen wird. Es ist und war der Fraktion der Schweizerischen Volkspartei schon immer ein Anliegen, Volksbräuche zu fördern und zu unterstützen. Dabei spielt es keine Rolle, wie alt oder in diesem Falle wie jung sie sind. Wichtig ist, dass es sich dabei um echte Volksbräuche handelt, welche eine breite Schicht der Zuger Bevölkerung anspricht. Deshalb unterstützt die Fraktion der SVP einstimmig und ohne Einschränkung diese Vorlage.

Beratung des Beschlussesentwurfes:

Zu Titel und Ingress sowie zu Ziff. 1 - 6 wird das Wort nicht verlangt.

Ratspräsident Jürg Messmer erklärt so beschlossen.

Schlussabstimmung

In der Schlussabstimmung stimmt der GGR mit 33:1 Stimmen dem Antrag des Stadtrates zu.

B e s c h l u s s des Grossen Gemeinderates von Zug Nr. 1558

Betreffend Zuger Chesslete und Zunft der Letzibuzäli: Wiederkehrende Beiträge für die Jahre 2012 - 2015

Der Grosse Gemeinderat von Zug beschliesst in Kenntnis von Bericht und Antrag des Stadtrates Nr. 2167 vom 23. August 2011:

1. Den Zuger Fasnachtsorganisationen Vereinigung Zuger Chesslete und Zunft der Letzibuzäli werden wiederkehrende Beiträge für die Jahre 2012-2015 von insgesamt CHF 60'000.-- bewilligt.
2. Der Beitrag an die Vereinigung Zuger Chesslete beträgt CHF 29'000.-- (CHF 17'000.-- Werkhofleistungen, CHF 4'000.-- Polizei- und Sicherheitsleistungen, CHF 8'000.-- Restbeitrag).
3. Der Beitrag an die Zunft der Letzibuzäli beträgt CHF 31'000.-- (CHF 15'000.-- Werkhofleistungen, CHF 4'000.-- Polizei- und Sicherheitsleistungen, CHF 12'000.-- Restbeitrag).
4. Die Beiträge von insgesamt CHF 28'000.-- werden in das Budget der Laufenden Rechnung, Konto 3636.02/1600, Fasnachtsanlässe, aufgenommen.
5. Dieser Beschluss wird im Amtsblatt des Kantons Zug veröffentlicht und in die Amtliche Sammlung der Ratsbeschlüsse aufgenommen.
6. Der Stadtrat wird mit dem Vollzug beauftragt.

7. Renergia Zentralschweiz AG: Beteiligung des ZEBA; Eventualverpflichtung

Es liegen vor:

Bericht und Antrag des Stadtrats Nr. 2172 vom 20. September 2011

Bericht und Antrag der GPK Nr. 2172.1 vom 3. Oktober 2011

Eintreten

Das Wort wird nicht verlangt.

Ergebnis:

Ratspräsident Jürg Messmer stellt fest, dass kein Nichteintretensantrag gestellt ist und somit Eintreten als stillschweigend beschlossen erscheint.

Detailberatung

Philip C. Brunner, Präsident GPK: Die von der GPK aufgeworfenen Fragen konnten teilweise an der Sitzung selber nicht sofort durch den Stadtrat beantwortet werden, weshalb dem Kommissionsbericht noch eine Beilage angefügt wurde. Nun noch eine Offenlegung: Philip C. Brunner war am 3. Oktober 2011 nicht bekannt, dass sein Bruder Martin massgebend bei der Projektierung dieser Anlage beteiligt ist. Die GPK empfiehlt dem GGR mit 6:1 Stimmen die Zustimmung zu dieser Vorlage.

Beat Bühlmann begrüsst namens der SVP-Fraktion die Beteiligung des ZEBA. Sie macht aus ökologischer und ökonomischer Sicht durchaus Sinn. Eine Ergänzung wird jedoch vorgeschlagen: Es war schon der Fall, dass Gebühren durch die Hintertüre erhöht wurden. Es soll sichergestellt werden, dass dies hier nicht passiert, nämlich die Sackgebühr. Sie wurden seit Einführung bis heute nicht erhöht. Das soll auch zukünftig so bleiben. Es ergeben sich kürzere Transportwege, die günstiger und effizienter werden. Die Kosten sollten theoretisch sinken, auf jeden Fall aber nicht steigen. Aus diesem Grund beantragt die SVP-Fraktion, einen Satz anzufügen, wonach die Sackgebühr aufgrund dieser Einsparungen sicher während 10 Jahren nicht erhöht werden darf.

Marcel Uhr: Die FDP-Fraktion stimmt der Vorlage zu, da sie der Meinung ist, dass dadurch mit modernster Technologie umweltfreundlich Abfall entsorgt werden kann. Dem Stadtrat möchte die FDP-Fraktion aber gern noch den einen oder anderen Punkt mit auf den Weg geben: In der Diskussion wurde festgehalten, dass hier nicht ein Luxusbau entstehen muss, sondern ein reiner Zweckbau. Da es sich um eine Eventualverpflichtung handelt, sieht die FDP-Fraktion ein, dass der Stadtrat nicht direkten Einfluss nehmen kann. Vielleicht kann er aber dies über den ZEBA tun. Bezüglich Bewertung der Bodenpreise ist es für die FDP-Fraktion nicht direkt ersichtlich, wie diese CHF 10 Mio. entstanden. Vielleicht wäre es sinnvoll, ein zweites Gutachten einzuholen, um dies genauer zu prüfen. Allenfalls kann der Stadtrat in Zusammenarbeit mit dem

ZEBA Einfluss nehmen. Die FDP-Fraktion ist aber grundsätzlich positiv gegenüber dieser Vorlage eingestellt.

Barbara Stäheli: Der Rat stimmt heute über eine Eventualverpflichtung von rund 2.5 Mio Franken ab, welche die Stadt Zug zu leisten hätte, falls es dem ZEBA nicht gelingt, das Geld auf dem Kapitalmarkt zu beschaffen. Die Gesamtkosten des Projekts sind mit CHF 320 Mio veranschlagt. Falls Zug den Eventualbeitrag zahlen müsste, würde mit dem städtischen Beitrag ca. 0,8% der Gesamtkosten finanziert. Mit einem Beitrag von weniger als 1% an die Gesamtkosten ist die Mitbestimmung nicht gross. Daher geht es heute auch nicht um Detailfragen, sondern um grundsätzliche Überlegungen. Die Gesellschaft produziert viel Abfall, das ist unschön, aber Realität. Ebenfalls Realität ist, dass die Abfallbewirtschaftung ein Geschäft geworden ist. Vermutlich ist es nicht nur für die SP ein Ziel, den Abfall möglichst umweltgerecht zu entsorgen, die anfallende Energie effizient zu nutzen und eine maximale Werkstoffrückgewinnung anzustreben. Daher unterstützt die SP den Antrag des Stadtrates und stimmt diesem zu, auch wenn im Moment noch Fragen offen sind und die Mitbestimmung der Stadt minimalst ist.

Astrid Estermann: Diverse Kehrichtverbrennungsanlagen sind in die Jahre gekommen: Die KVA Luzern und KVA Horgen sind veraltet und werden in den nächsten Jahren geschlossen. Für diese Anlagen muss Ersatz gesucht werden. Die Fraktion Alternative-CSP hat im vergangenen Jahr die KVA Winterthur besucht. Dort wurde ihr versichert, dass den Zugern ganz gerne der ganze Abfall abgenommen würde. Die Anlage in Winterthur wurde und wird laufend erneuert und zählt zu den fortschrittlicheren Anlagen in der Schweiz. Seit Jahren ist bekannt, dass der Abfall ein dringend gesuchtes Gut ist und genau hingeschaut werden muss, dass keine Überkapazitäten entstehen. Die heutige Situation kann mit den Siebzigern nicht verglichen werden: Damals wollte der Kanton Zug zusammen mit einigen Gemeinden aus anderen Kantonen im Industriegebiet von Küssnacht eine eigene KVA erstellen. Die linken Parteien haben sich damals massiv dagegen gewehrt und Recht erhalten. Die Anlage wäre für den Kanton Zug viel zu gross gewesen, das Motto "Trennen statt verbrennen" hat sich durchgesetzt und muss auch heute weiter verfolgt werden. Der grösste Vorteil der neuen Anlage ist der Umstand, dass nicht nur Strom gewonnen, sondern, dass die Papierfabrik Perlen das ganze Jahr mit Dampf beliefert werden kann. Dieser Dampf musste bisher für die Papierfabrik mit nicht erneuerbaren Energien - nämlich 40 Mio. Liter Rohöl - gewonnen werden. Dabei bleibt aber das Klumpenrisiko, dass die Papierfabrik Perlen als Hauptabnehmer einmal schliessen muss. Damit würde der Wirkungsgrad um einige Prozent sinken und damit natürlich auch die Genialität dieser Anlage wegfallen. Ein weiterer Vorteil sind die kürzeren Wege, die der Abfall bis zur Verbrennung hinter sich bringt. Das Projekt ist ein Zusammenschluss der Zentralschweizer Abfallverbände. Man kommt nicht darum herum, mit anderen Kantonen Allianzen zu bilden, denn solch grosse Aufgaben können nur gemeinsam erfolgreich bewältigt werden. Der Preis dafür ist eine langfristige Bindung und damit keine Entsorgungsautonomie. Autonom ist aber Zug auch heute nicht. Aus all diesen Überlegungen ist die Fraktion Alternative-CSP zur Ansicht gelangt, dass

sie den Beitritt zur Renergia Zentralschweiz AG unterstützt und die Eventualverpflichtung zu Gunsten der ZEBA im Betrag von fast CHF 2,5 Mio. gutheisst.

Martin Eisenring: Die CVP-Fraktion schliesst sich diesen Ausführungen weitgehend an. Es ist sinnvoll, die Aufgabe der Kehrlichtverbrennung gemeinsam mit den Partnern, anderen Kantonen und Gemeinden auszuführen. Sehr schön ist auch, dass 38'000 Haushalte von der gewonnenen Energie profitieren können. Die Genialität des Konzeptes steht und fällt mit der Papierfabrik Perlen. Es ist zu hoffen, dass hier nicht die gleichen Schwierigkeiten auftreten wie andere Papierfabriken in der Schweiz schon zu bewältigen hatten, sondern, dass weiterhin die Abwärme und Luft genutzt werden kann. Der Vorschlag der SVP-Fraktion, wonach die Abfallgebühren nicht weiter ansteigen sollen, ist durchaus unterstützenswert. Das Ziel ist, dass mit einer solchen gemeinsamen Bewältigung der Kehrlichtverbrennungsaufgabe Effizienz gewonnen werden soll. Diese Effizienz soll aber auch dem Bürger weiter gegeben werden, weshalb der Vorschlag der SVP-Fraktion unterstützt wird.

Stadtrat Ivo Romer dankt namens des Stadtrats, dass sämtliche Fraktionen die Vorlage unterstützen. Der Verwaltungsrat ZEBA sieht mit dem Beitritt zur Renergia bei den Sackgebühren ein eher Kosten dämpfendes Element. Zukünftig wird daher eher von sinkenden Gebühren ausgegangen. Ein 10-jähriges Moratorium bezüglich einer Gebührenerhöhung braucht es daher nicht. Der Verwaltungsrat hat sich bereits dem Thema Gebühren angenommen. Es ist sicher legitim, festzustellen, dass die Sacheinlage allenfalls von einem zweiten Gutachter geprüft werden sollte. Diese Anregung kann durchaus zuhanden der ZEBA aufgenommen werden. Grundsätzlich wird auch das Votum der SP-Fraktion aufgenommen. Fragen zum Thema einer effizienten Abfallbewirtschaftung können jederzeit platziert werden. Für die Zuger ist die ZEBA das richtige Instrument. Verwaltungsrat wie auch Geschäftsleitung der ZEBA werden jederzeit Rede und Antwort stehen.

Ratspräsident Jürg Messmer liest nochmals den Antrag der SVP-Fraktion vor und schlägt vor, diesen als neue Ziff. 2 in den Beschlussesentwurf einzufügen.

Stadtrat Andreas Bossard ist Verwaltungsrat der ZEBA. Zudem ist auch der Geschäftsführer der ZEBA im Saal anwesend. Das Bestreben der ZEBA ist durchaus, die Gebühren nicht zu erhöhen. Ein Vorgehen gemäss Antrag der SVP-Fraktion ist nicht möglich, weil dem alle übrigen Gemeinden ebenfalls zustimmen müssten. Dies würde zu einer Verzögerung führen. Stadtrat Andreas Bossard empfiehlt daher, dieses Anliegen als Wunsch entgegenzunehmen, dem die Vertreter der Stadt Zug sicher entsprechen.

Manuel Brandenburg: Die SVP-Fraktion stellt hier Anträge, weil sie etwas bewegen will. Diesen Auftrag hat sie von der Bevölkerung erhalten. Es werden keine Wünsche geäussert. Die SVP-Fraktion hat den Antrag gestellt. Es sollte durchaus möglich sein, in Ziff. 2 des Beschlussesentwurfes die Garantie von CHF 2,5 Mio. zu sprechen, jedoch unter der Voraussetzung, dass während 10 Jahren die Kehrlichtsackgebühren in dieser Stadt nicht

erhöht werden. Das ist eine Richtschnur und kann Ansporn sein, beim ZEBA die Gebühren nicht zu erhöhen. Das sollte möglich sein, weshalb Manuel Brandenburg ersucht, dem Antrag zuzustimmen.

Stadtrat Andreas Bossard: Die ZEBA hat Strukturen wie z.B. die Delegiertenversammlung, wo von jeder Gemeinde Delegierte Einsitz haben. Die Stadt Zug hat drei Stimmen. Stadtrat Andreas Bossard schlägt vor, den Antrag der SVP-Fraktion in die Delegiertenversammlung einzubringen. Es kann aber nicht sein, dass die Stadt Zug als einzige Gemeinde dies so im Beschlussesentwurf festlegt.

Beat Bühlmann: Wenn diese Ergänzung nicht nötig ist, wie Stadtrat Ivo Romer festgestellt hat, kann man sie trotzdem aufnehmen. Damit ist gewährleistet, dass dem tatsächlich so ist. Allzu oft kam es schon vor, dass gemachte Versprechungen nicht eingehalten werden. Wenn die Stadt Zug gar nichts ändern kann, fragt sich, warum überhaupt der Rat heute über die Vorlage abstimmen muss. Beat Bühlmann erachtet es als richtig, den Antrag der SVP-Fraktion zu beschliessen. Wenn jemand die Sackgebühr erhöhen will, muss eine andere Lösung gesucht werden. Eingbracht sollte das Anliegen aber trotzdem werden. Dann zeigt sich, was nach einer solchen Abstimmung passiert.

Stadtrat Andreas Bossard: Vor vielen Jahren hat die Stadt Zug Ja gesagt zu diesem Zweckverband. Heute soll nicht der Zweckverband geändert werden, sondern der Beitrag von 0,8 % der gesamten Summe gesprochen werden. Es ist tatsächlich so: der Präsident der ZEBA bestätigt, dass die Sackgebühr zukünftig nicht erhöht wird, wenn der Kehricht ab 2016 nach Perlen transportiert werden kann. Wenn der Verbrennungspreis tiefer ist als heute, kann sich der Verwaltungsrat sogar eine Sackgebührensenkung sehr gut vorstellen. Soweit voraus kann das aber noch nicht zugesagt werden. Die günstigeren Transportwege, die wegfallenden hohen Verbrennungspreise von Winterthur usw. sprechen für eher tiefere Sackgebühren. Definitiv kann dies aber nur die Delegiertenversammlung festlegen.

Martin Eisenring versteht die Ausführungen des Stadtrates durchaus. Die Stadt Zug hat sich in die ZEBA eingegeben. Martin Eisenring kann mit dem Vorschlag des Stadtrates, wonach dieser darauf hinwirkt, dass die Gebühren nicht ansteigen bzw. im besten Fall sogar gesenkt werden können. Damit ergäbe sich sogar noch eine Verbesserung. Damit wäre allen gedient. Wenn der Stadtrat zuhänden des Protokolls nochmals ausführen könnte, dass er seine drei Stimmen dazu nutzen wird, damit die Gebühren nicht erhöht oder bestenfalls sogar gesenkt werden, wäre das eine gute Sache.

Stadtrat Ivo Romer: Die Annahme des Antrages der SVP-Fraktion hätte die Konsequenz in der Umsetzbarkeit, dass die Stadt Zug separate Gebühren erheben müsste. Der Stadtrat schlägt daher vor, dass er sich bei der ZEBA dafür einsetzt, dass die Gebühren in den nächsten Jahren nicht erhöht werden (neue Ziff. 2).

Manfred Pircher wünscht eine verbindlichere Zusicherung seitens des Stadtrates.

Stefan Hodel zitiert den bekannten Spruch „Wer den Rappen nicht ehrt, ist des Franken nicht wert“ und appelliert, die Verhältnismässigkeit dieses diskutierten Beschlusses zu sehen: Eine 5-köpfige Familie, welche den Abfall sauber trennt, hat heute Kehrichtauslagen von zirka CHF 120.--/Jahr. Ein Franken mehr oder weniger macht nun den Braten mit Sicherheit nicht feiss.

Abstimmung

über den Antrag der SVP-Fraktion für eine neue Ziff. 2 gegenüber dem Gegenvorschlag des Stadtrates:

Für den Antrag der SVP-Fraktion stimmen 6 Ratsmitglieder, für den Gegenvorschlag des Stadtrates stimmen 13 Ratsmitglieder.

Ergebnis

Ratspräsident Jürg Messmer stellt fest, dass der Gegenvorschlag des Stadtrates somit mit 13:6 Stimmen obsiegt hat.

Abstimmung

über den Antrag des Stadtrates, diesen Gegenvorschlag als neue Ziff. 2 in den Beschlussesentwurf aufzunehmen:

Für den Antrag des Stadtrates stimmen 17 Ratsmitglieder, dagegen stimmen 14 Ratsmitglieder.

Ergebnis:

Ratspräsident Jürg Messmer stellt fest, dass der GGR mit 17:14 Stimmen beschlossen hat, den Gegenvorschlag des Stadtrates als neue Ziff. 2 in den Beschlussesentwurf aufzunehmen.

Beratung des Beschlussesentwurfes:

Zu Titel und Ingress sowie zu Ziff. 1, Ziff. 2 (neu gemäss Gegenvorschlag Stadtrat), Ziff. 3 (bisher Ziff. 2), Ziff. 4 (bisher Ziff. 3) und Ziff. 5 (bisher Ziff. 4) wird das Wort nicht verlangt.

Ratspräsident Jürg Messmer erklärt so beschlossen.

Schlussabstimmung:

In der Schlussabstimmung stimmt der GGR mit 26:6 Stimmen dem Antrag des Stadtrates zu.

Beschluss des Grossen Gemeinderats von Zug Nr. 1559
betreffend Renergia Zentralschweiz AG: Beteiligung des ZEBA; Eventualverpflichtung

Der Grosse Gemeinderat von Zug beschliesst in Kenntnis von Bericht und Antrag des Stadtrats Nr. 2172 vom 20. September 2011:

1. Der Beitritt des Zweckverbandes der Zuger Einwohnergemeinden für die Bewirtschaftung von Abfällen (ZEBA) zur Renergia Zentralschweiz AG wird genehmigt.
2. Der Stadtrat setzt sich bei der ZEBA dafür ein, dass die Kehrichtsackgebühren in den nächsten zehn Jahren nicht erhöht werden.
3. Die Eventualverpflichtung zu Gunsten des Zweckverbandes der Zuger Einwohnergemeinden für die Bewirtschaftung von Abfällen (ZEBA) im Betrag von maximal CHF 2'467'639.00 wird bewilligt.
4. Dieser Beschluss tritt unter dem Vorbehalt des fakultativen Referendums gemäss § 8 der Gemeindeordnung der Stadt Zug vom 1. Februar 2005 sofort in Kraft. Er wird im Amtsblatt des Kantons Zug veröffentlicht und in die Amtliche Sammlung der Ratsbeschlüsse aufgenommen.
5. Der Stadtrat wird mit dem Vollzug beauftragt.

8. Postulat der FDP-Fraktion vom 29. Juni 2011 betreffend Sky-lounge in Uptown Zug: Der Volkswillen ist umzusetzen

Der Wortlaut des Postulates befindet sich auf S. 8 des GGR-Protokolls Nr. 9 der Sitzung vom 30. August 2011.

Es liegt vor:

Bericht und Antrag des Stadtrats Nr. 2175 vom 4. Oktober 2011

Stefan Moos: Die Sky Lounge ist nicht das, was der GGR wollte und was das Volk erwartet hat. Das heisst nicht, dass die Sky Lounge an sich schlecht ist. Stefan Moos hat sie schon einige Male selber getestet, jedoch mit genügend Konsumation. Es rechtfertigt sich aber in keiner Weise, dass der privatwirtschaftliche Eigentümer und/oder Betreiber dieser Bar mit CHF 2,2 Mio. vom Steuerzahler subventioniert wird. Die Vorteile, die im Bericht und Antrag des Stadtrates aufgeführt werden, sind für Stefan Moos grösstenteils keine Vorteile, weil dies vom Betreiber ohnehin gemacht werden müsste. Stefan Moos spricht dabei von der Modernisierung, die alle paar Jahre ansteht. Als normaler Barbetreiber ohne Subvention müsste er diese auch vornehmen. Der Stadtrat schreibt weiter, es sei vorgesehen gewesen, dass die Stadt die Bar selber betreibt. Das trifft nicht zu. Zumindest der GGR hatte dies nie vorgesehen, denn er weiss, dass das Wirten nicht Kernaufgabe der Stadt Zug ist. Die Antwort des Stadtrates gipfelt im Fazit mit der Aussage, dass (Zitat): „Der in der Abstimmungsvorlage in Aussicht gestellte öffentlich zugängliche und attraktive Aussichtspunkt mehr als erfüllt sei...“ (Zitatende). Es ist der FDP-Fraktion schleierhaft, dass man nach mehreren Vorstössen zum selben Thema und nach zahlreichen Reaktionen aus dem Volk zu solch einem Schluss kommt. Stefan Moos fordert den Stadtrat auf, sein Ohr an das Volk und den GGR zu halten und in einer ruhigen Zeit mit gesunder Selbstkritik die Analyse nochmals durchzuführen. In diesem Sinne beantragt die FDP-Fraktion, die Antwort des Stadtrates ablehnend zur Kenntnis zu nehmen. A propos ablehnende Kenntnisnahme: Wenn Stefan Moos einmal bei der nächsten GSO-Revision noch mitreden kann, wird der zur ablehnenden Kenntnisnahme noch Konsequenzen bzw. „Ströfzgi“ für den Stadtrat beantragen.

Ignaz Voser beantragt Diskussion.

Ergebnis:

Ratspräsident Jürg Messmer stellt fest, dass kein Gegenantrag gestellt ist und somit die Diskussion stillschweigend beschlossen erscheint.

Ignaz Voser: Um die Sky Lounge wird auf hohem Niveau gejammert und gestöhnt, was durchaus dem Gebäude und der Sky Lounge entspricht. Ausgerechnet jene Promotoren, welche schon immer solche Lösungen über den grünen Klee gelobt haben und vor der Volksabstimmung dies als tolle Sache für alle Zugerinnen und Zuger anpriesen, reiben sich nun verwundert die Augen über die Realität. Ignaz Voser ist auch verwundert über die Naivität von CVP und FDP, welche die Katze im Sacke gekauft haben. Darum sollen

sie sich mit Klagen zurückhalten. Es war ihre Bauchefin und die Bauabteilung, welche diesen Bau verkauft haben. Die Mantelnutzung war immer Teil des Gesamtprojektes. Es war der Finanzchef der FDP, der die Finanzen leitete und schlecht verhandelt hat. In der Verantwortung stehen nun in erster Linie diese Exponenten dieser beiden Parteien. Daher also nicht jammern und zetern, sondern greifbare Lösungen bringen. So wie das Lokal heute betrieben und teilweise von der Stadt jährlich mit ca. CHF 360'000.-- mitfinanziert wird, ist das nichts anderes als eine Subventionierung. So viel Sozialismus hat Ignaz Voser der CVP und FDP nicht zugetraut. Ignaz Voser legt eine Folie auf, welche den Lift und den Zugang zur Sky Lounge aufzeigt. Der darauf ersichtliche graue Bereich ist keine Spielecke, sondern der öffentliche Bereich, wo ohne Konsumationszwang ein Aufenthalt möglich ist. Im vordern Teil befindet sich die Sky Lounge mit Seeblick und langer Bar, wo der nicht zahlende Gast daran vorbei muss. Es gibt kein Umgehen dieser Zone. Ein Kreuzen mit dem Kinderwagen ist hier nicht möglich. Man befindet sich hier in einer Art Wintergarten der Grösse von rund 40 m². Bei einer Alfred Müller-Wohnung entspricht dies einem Raum für Wohnen, Essen und offener Küche. Kürzlich hatte Ignaz Voser das Vergnügen, zu einer Feier in die Sky Lounge eingeladen zu sein und war gespannt, das Lokal nun fertig und belebt anschauen zu können. Ein Jahr zuvor hatte Ignaz Voser die Gelegenheit, im Anschluss an eine BPK-Sitzung das ganze Stockwerk im Rohzustand zu besichtigen. Bei diesem Treffen an der Bar war alles voll. Der hintere graue Bereich war ab 18 Uhr reserviert. Ignaz Voser ist an der Bar verblieben und hat gespannt zugeschaut. Es kam eine Gruppe von ca. 30 - 40 Personen der V Zug, welche wegen Platznot noch einen Teil der Sky Lounge mitbelegte. Kurze Zeit später wollte eine Gruppe Damen nur kurz die Aussicht geniessen und sich in diesem hinteren Bereich niederlassen. Der Geschäftsführer empfing diese Damen kurz und informierte sie, dass dies wegen einer geschlossenen Gesellschaft heute leider nicht möglich sei. Er hat die Damen darauf hingewiesen, dass sie durchaus im Lokal der Sky Lounge sich aufhalten können. Der Fehler war aber, dass die ganze Sky Lounge ausgebucht war. Die Damen sind anschliessend wieder weggegangen. Worum geht es eigentlich? Man kann hier mit Sicherheit nicht von einer Erfolgsgeschichte sprechen. Es wurde bemängelt, dass die Beleuchtung schlecht und nicht den heutigen technischen Begebenheiten entsprechend gelöst sei. Ignaz Voser ist anderer Meinung und erachtet die Beleuchtung als hervorragend gelöst und für diesen Standort und die Lage des Lokals als bezaubernd zu bezeichnen. Eine Kollegin von Ignaz Voser und ihr Team haben hier seiner Meinung nach viel gestalterisches Gespür an den Tag gelegt und eine wunderschöne Lösung gefunden. Wer es weniger hell möchte, kann sich in den Nebenräumen von einer sehr zurückhaltenden Beleuchtungsstärke überzeugen. Wer der Meinung ist, man hätte im Bereich Bar zu sehr gesündigt, muss die Beleuchtung in den Nebenräumen als Ausgleich gelten lassen. Dann geht die Effizienzrechnung wieder auf. Die Situation, wie sie sich heute zeigt, würde es durchaus zulassen, die gut gemeinte aber kleinliche Abtrennung des 40 m² grossen Fläche im hinteren Bereich aufzuheben und der Bar zuzuschlagen. Der Vermerk, kein Konsumationszwang, könnte so auf das ganze Lokal ausgedehnt werden. Dies bestätigt vor allem ein persönliches Gespräch, welches Ignaz Voser heute mit dem Betreiber führen konnte, und die Textpassage aus der Interpellation Michèle Kottelat. Hier schreibt der Stadtrat (Zitat): „Realisiert wurde nun ein öffentlich zugäng-

licher Gastronomiebetrieb, wobei zusätzlich ein knapp 40 m² grosser Bereich als öffentlicher Bereich ohne Konsumationspflicht ausgeschieden wurde.“ (Zitatende). In der Praxis hat sich nun gezeigt, dass nur vereinzelt Besuchende der Sky Lounge von ihrem Recht, die Aussicht ohne Konsumation zu geniessen, Gebrauch machen. Gäste, die zunächst auf eine Konsumation verzichten, sind nach kurzer Zeit meistens vom Ambiente und der grandiosen Beleuchtung und Aussicht so verzückt, dass sie länger bleiben und dazu auch etwas konsumieren wollen. Diese Geschichte zeigt: Es funktioniert auch ohne irgendwelche Abtrennungen und Einflüssen seitens der Nutzung. Ignaz Voser ist daher gleicher Meinung wie Stefan Moos, dass der Stadtrat nochmals über die Bücher sollte. Das Lokal ist eine Erfolgsgeschichte und wunderschön. Es funktioniert bestens. Es ist aber für die Stadt Zug viel zu teuer. Es bleibt zu wünschen und zu hoffen, dass sich der Stadtrat des Öfters von der grandiosen Aussicht und dem Weitblick in dieser Höhe für sein politisches Wirken und Handeln anstecken und inspirieren lässt. So blieben solche vermurkste Lösungen zukünftig erspart. Ignaz Voser stellt den Antrag, Rückkommen auf den SVP-Antrag vom Juni, nämlich Ausstieg aus diesem Geschäft und Umwandlung in ein öffentlich zugängliches Lokal.

Ratspräsident Jürg Messmer: Ein Rückkommensantrag ist bei diesem Geschäft nicht möglich.

Philip C Brunner spricht namens der SVP-Fraktion und dankt Ignaz Voser für seine ausführlichen Erklärungen dessen, was die SVP-Fraktion schon lange forderte, nämlich, dass hier radikal das richtige Vorgehen gewählt werden muss: Aussteigen aus dem ganzen Projekt. Der private Betreiber sitzt hier in der Zwickmühle. Der Vorschlag von Ignaz Voser wäre eine gute Möglichkeit. Herzlichen Dank, dass er auch zu dieser Einsicht gekommen ist.

Abstimmung

über den Antrag von Stefan Moos auf ablehnende Kenntnisnahme:

Für den Antrag von Stefan Moos für ablehnende Kenntnisnahme stimmen 20 Ratsmitglieder, dagegen stimmen 13 Ratsmitglieder.

Ergebnis:

Ratspräsident Jürg Messmer stellt fest, dass der GGR mit 20:13 Stimmen die Antwort des Stadtrates ablehnend zur Kenntnis genommen hat. **Das Postulat der FDP-Fraktion vom 29. Juni 2011 betreffend Skylounge in Uptown Zug: Der Volkswillen ist umzusetzen, ist somit beantwortet kann als erledigt von der Geschäftskontrolle abgeschrieben werden.**

9. Interpellation von Michèle Kottelat, glp, vom 17. August 2011 betreffend Skylounge: kommerzielle Nutzung des öffentlichen Bereichs und Beleuchtungskonzept

Der Wortlaut der Interpellation befindet sich auf S. 13 f. des GGR-Protokolls Nr. 9 der Sitzung vom 30. August 2011.

Es liegt vor:

Antwort des Stadtrates Nr. 2174 vom 4. Oktober 2011

Silvan Abicht liest die Stellungnahme der heute nicht anwesenden Michèle Kottelat vor: „Allen Beschwichtigungen zum Trotz bleibt das Fazit, dass die Stadt Zug mit der Skylounge finanziell einen schlechten Deal gemacht hat. Die Skylounge ist spektakulär, aber der Beitrag der Stadt überrissen - dies tut vor allem weh auch in Hinblick auf die durch den Stadtrat geplanten Steuererhöhung. Zudem wurde der Wille des Volkes nicht exakt so umgesetzt wie in der Abstimmungsvorlage versprochen. Man erinnere sich: Im Abstimmungsbüchlein hat das Volk einem Kredit von CHF 1.9 Mio. für ein unbeschränktes Nutzungsrecht von 200 m² im obersten Geschoss des Wohnhauses zugestimmt - bewilligte Kosten: total CHF 2.2 Mio. Der Stadtrat wurde ermächtigt, die entsprechenden Verträge abzuschliessen. Erhalten hat die Stadt einen deutlich kleineren Raum, 40 m², mit einem Nutzungsrecht von 30 Jahren. In der stadträtlichen Antwort schreibt der Stadtrat (Zitat): "In der Praxis hat sich nun gezeigt, dass nur sehr vereinzelte Besuchende der Skylounge von ihrem Recht, die Aussicht ohne etwas zu konsumieren, Gebrauch machen. (Zitat Ende). Wir fragen uns, wozu denn die Stadt CHF 2.2 Mio. bezahlt hat, wenn doch gar kein Bedürfnis nach einer konsumationsfreien Zone besteht? Deshalb erwarten wir vom Stadtrat, dass er Mitte 2012 nochmals prüft, wie sich die Nutzung bis dahin entwickelt hat. Wenn auch bis dahin nur tröpfchenweise vom Angebot einer konsumfreien Zone Gebrauch gemacht wird, soll er nochmals auf die Credit Suisse zugehen und Verhandlungen aufgleisen. Auch wenn die Credit Suisse juristisch zu nichts gezwungen werden kann, so bleibt - angesichts eines so schlechten Deals für die öffentliche Hand - ein moralischer Makel, den sich eine Schweizer Grossbank unseres Erachtens in der heutigen Zeit nicht mehr leisten kann.“

Das Wort wird nicht verlangt.

Ergebnis:

Ratspräsident Jürg Messmer stellt fest, dass die **Interpellation von Michèle Kottelat, glp, vom 17. August 2011 betreffend Skylounge: kommerzielle Nutzung des öffentlichen Bereichs und Beleuchtungskonzept beantwortet ist und als erledigt von der Geschäftskontrolle abgeschrieben werden kann.**

10. Interpellation von Franz Weiss und Richard Rüegg, beide CVP, vom 5. Oktober 2011 betreffend Zugang Skylounge Mündliche Beantwortung

Der Wortlaut der Interpellation befindet sich auf S. 6 f. dieses Protokolls.

Ratspräsident Jürg Messmer: Es wurde zwar ursprünglich schriftliche Beantwortung verlangt. Nach Rücksprache mit den beiden Interpellanten konnte man sich aber dahingehend einigen, dass die Interpellation heute mündlich beantwortet wird. Die Antworten wurden dem GGR zudem als Mail zugestellt, damit eine vorgängige Orientierung möglich war.

Stadtrat Ivo Romer verweist auf die vorliegende schriftliche Antwort und möchte diese noch mit einigen Ausführungen ergänzen:

- Zu Frage 1: Der Stadtrat zeigt in der Antwort den Zutritt auf. Im Wesentlichen geht es darum, dass der Zugang in die Sky Lounge auch unter Betrachtung eines Gastronomiebetriebes zu sehen ist. Also braucht es mit der Stadt Zug keine Absprache. Trotzdem nimmt der Gastronom seine gesellschaftliche Pflicht wahr, um entsprechend dem Jugendschutz und der Prävention Rechnung zu tragen.
- Zu Frage 2: Das Problem mit den Kinderwagen ist sehr weit hergeholt. Grundsätzlich hat es genügend Platz. Andererseits gibt es auch Auflagen bezüglich Fluchtwege. Forderungen, dass Zugänge in der Stadt Zug zukünftig kreuzungstauglich sein sollen, scheint etwas sehr weit hergeholt. Ob das wirklich der Sache dient, sei eine andere Frage. Bei dieser Fragestellung wird aber ein anderer Hintergrund vermutet.
- Zu Frage 3: Der Hintergrund der Credit Suisse bezüglich der Aufstellung von Plakaten und Ständern ist aufgezeigt worden. Das ganze Beschriftungskonzept vom Parterre her bis nach oben ist so aufgegleist und signaletisch dargestellt, dass sichergestellt ist, dass die Besucher ohne grossen Aufwand den Weg in die Sky Lounge finden. In diesem Sinne hat der Stadtrat guten Gewissens bestätigen können, dass die Beschriftung so ist, wie es sein muss. Man erhält auch klar den Hinweis zur konsumationsfreien Zone.

Der Stadtrat beantragt in diesem Sinne, seine Antwort zur Kenntnis zu nehmen.

Richard Rüegg nimmt namens der beiden Interpellanten die mündliche Interpellationsantwortung betreffend der Skylounge zur Kenntnis, möchte aber trotzdem zur Antwort 1 noch Folgendes ergänzen: Die Wegweisung eines Kindes mit seinen Kollegen unter 16 Jahren (ein Kind eines Gemeinderats) erfolgte um ca. 20.00 Uhr. Bevor sie ins Openaire Kino gingen, wollten sie die Kinoanlage von oben bestaunen. Leider wurde ihnen das verwehrt. Die zweite Wegweisung erfolgte nach einem EVZ Match. Die Eltern verabredeten sich nach dem Match mit ihrem Kind in der Skylounge. Die Eltern waren erzürnt, da sie vergebens auf ihr Kind warteten und nirgends ein Hinweis ersichtlich war, dass Kinder unter 16 Jahren kein Zutritt haben. Bei Frage 2 gab es keinen anderen Hintergrund als dass Eltern mit Kinderwagen gebeten wurden, den Kinderwagen unten

stehen zu lassen, da es oben zu wenig Platz hätte. Die Interpellanten danken dem Stadtrat für die rasche Beantwortung der Interpellation.

Philip C. Brunner beantragt Diskussion.

Ergebnis:

Ratspräsident Jürg Messmer stellt fest, dass kein Gegenantrag gestellt ist und somit die Diskussion stillschweigend beschlossen ist.

Philip C. Brunner verweist darauf, dass nun zahlreiche Vorstösse zur Sky Lounge behandelt wurden, und beantragt, dass die jetzt schriftlich vorliegende Antwort des Stadtrates im Internet unter Sky Lounge aufgeschaltet werden kann.

Ratspräsident Jürg Messmer stellt fest, dass der Stadtrat den Antrag von Philip C. Brunner stillschweigend entgegennimmt.

Ignaz Voser: Die Erwartungshaltung an die Sky Lounge war offenbar vielfach anders als es nun tatsächlich der Fall ist. Sky Lounge tönt nach Himmelsloge. Wenn man aber in der Sky Lounge eintrifft, hat man eine schwarze Decke über dem Kopf und keinen Himmel. Vielfach liest man auch von einer Sky Terrasse. Es ist aber keine Terrasse an der freien Luft, sondern man befindet sich in einem Lokal. Der Betreiber ist über den abgeteilten Teil hinten sehr glücklich. Je nach Situation und Beurteilung des Betreibers kann dieser Bereich belegt und reserviert werden. Dagegen wehrt sich kein Stadtrat und kein Gemeinderat. Das Controlling funktioniert absolut nicht. Der Betreiber ist daran interessiert, diesen Raum zu nutzen, was Ignaz Voser durchaus versteht. Der Besuch der Sky Lounge ist bei schönem Wetter durchaus ein Ereignis. Klare Lösungen müssen her. Ein Wischiwaschi mit öffentlicher Nutzung im hinteren Bereich kann nicht funktionieren. Ignaz Voser kommt es manchmal vor als wollte man mit dem Nachbarn die Dusche teilen und müsste ihm ständig durch das Schlafzimmer in die Dusche gehen.

Manfred Pircher: Sehr guter Vergleich! Seitens der FDP und CVP hört man nun über die Geschichte der Sky Lounge jammern. Es ist einfach nicht richtig gelöst. Die SVP-Fraktion hat einen entsprechenden Antrag gestellt, wurde aber abgestraft. 25 Mitglieder des Grossen Gemeinderates haben die Motion nicht überwiesen. „Jetzt haben Sie den Salat.“

Stadtpräsident Dolfi Müller versucht nun nach rund 27 Vorstössen in diesem Zusammenhang eine möglichst nüchterne Bilanz zu ziehen: Bei keinem Geschäft in diesem Grossen Gemeinderat wurde so aneinander vorbei gesprochen wie bei diesem Thema. Der Stadtrat hat seine Meinung und ist überzeugt, nicht subventioniert zu haben. Der GGR ist der Meinung, es sei nur subventioniert worden. Stadtpräsident Dolfi Müller macht nicht den Versuch, das gerade zu biegen. Das wurde schriftlich versucht, ist aber nicht angekommen. Das ist ein klassischer Fall von selektiver Wahrnehmung, möglicherweise auf beiden Seiten. Es kann aber festgestellt werden, dass die Sky Lounge die

Gemüter ungemein bewegt. Jeder hier drin ist Betriebsexperte, Putzfrau, Lämpliexperte, Kinderwagenfreund usw. Jeder erzählt hiezu seine persönliche Geschichte. Im Kantonsrat ginge das überhaupt nicht. Vielleicht gehört es auch zu den Geburtswehen eines grossen und wichtigen Bauprojektes der öffentlichen Hand, wenn haufenweise solche „Ein-Telefon-genügt-Vorstösse“ eingereicht werden. Die persönlichen Erlebnisse interessieren alle sehr, lieber aber beim Bier als hier im Rat. Es ist wohl der Moment, sich daran zu gewöhnen, dass die Bauphase abgeschlossen ist und nun der Alltag beginnt. Dieser Alltag ist vor allem durch Verträge geregelt, die nicht bei jeder schönen Idee wieder in Frage gestellt werden können. Das ist einfach nicht professionell. Jetzt gilt es, zum Punkt zu kommen: Wenn etwas läuft, bitte Telefon an die Hand nehmen. Man muss sprechen miteinander. Bisher konnten mit diesen Personen in der Sky Lounge immer Lösungen gefunden werden. In diesem Sinne wäre es zu begrüssen, dieses Thema nun abzuschliessen.

Urs E. Meier: Es war soeben zu hören: die Sky Lounge bewegt. Das hat jedes Ärgernis an sich. Es ist tatsächlich ein Ärgernis und bleibt es auch. Das ist einfach so zur Kenntnis zu nehmen.

Ergebnis:

Ratspräsident Jürg Messmer stellt fest, dass die **Interpellation von Franz Weiss und Richard Rüegg, beide CVP, vom 5. Oktober 2011 betreffend Zugang Skylounge beantwortet ist und als erledigt von der Geschäftskontrolle abgeschrieben werden kann.**

11. Interpellation der SVP-Fraktion vom 22. Juli 2011 betreffend Parkordnung im Uptown während den EVZ-Spielen und betreffend Busparkplätzen

Der Wortlaut der Interpellation befindet sich auf S. 8 f. des GGR-Protokolls Nr. 9 der Sitzung vom 30. August 2011.

Es liegt vor:

Antwort des Stadtrats Nr. 2173 vom 27. September 2011

Beat Bühlmann dankt dem Stadtrat für die sehr gute Beantwortung der Interpellation. Man sah, dass nicht einfach ein Praktikant beauftragt wurde, auf Google ein paar Standardsätze zusammenzusuchen und hineinzukopieren. Die Fragen waren tiefgreifend und gut beantwortet. Vielen Dank. Etwas selbstkritisch muss festgehalten werden, dass wohl eher zwei Interpellationen eingereicht hätten werden sollen: Diejenige betreffend EVZ-Parkplätze wurde sehr gut beantwortet, diejenige betr. Probleme mit den Reiscars ging etwas unter. Im Gespräch mit anderen Parlamentariern ist Beat Bühlmann aufgefallen, dass dies zum Teil gar nicht bis zum Schluss gelesen wurde. Hier geht es um folgendes Problem: Es hätte etwas Platz, um Reiscars zu platzieren und zwar nicht nur für den EVZ, sondern ganz allgemein. Das Problem an der Rigi-Strasse ist bekannt und war schon oft in der Zuger Zeitung zu lesen. Hier stehen die Reiscars mit eingeschalteten Motoren, damit die Klimaanlage funktioniert. Dadurch atmen nicht nur die Anwohner, sondern auch die Kinder auf dem nahe liegenden Kinderspielplatz den Dieseldunst ein. Im Sommer zwischen der EVZ-Saison könnte daher dieser Bereich genutzt werden, damit die Reiscars parkieren können. Der Bebauungsplan sieht hier Bäume vor. Allenfalls kann dies noch geändert werden. Falls definitiv nicht, gibt es eine andere Lösung für das Busproblem an der Rigi-Strasse? Es sollte den Kindern nicht länger zugemutet werden, stundenlang Dieseldunst einzuatmen.

Richard Rüegg beantragt Diskussion.

Ergebnis:

Ratspräsident Jürg Messmer stellt fest, dass kein Gegenantrag gestellt wird und somit die Diskussion stillschweigend beschlossen ist.

Richard Rüegg: Auch die Bewohner in der Herti möchte nicht unbedingt Dieseldunst und stundenlang Cars vor dem Haus haben. Hier gibt es schon genug Lärm durch das Sport- und EVZ-Areal. Der Stadtrat wird daher gebeten, die Carparkplätze an der Rigi-Strasse bestehen zu lassen.

Philip C. Brunner zu Frage 5: Das ist wirklich ein Problem, das über die Kinder hinaus geht und auch die Anwohner betrifft. Es besteht tatsächlich ein Konflikt. Einerseits möchte man gerne, dass die Stadt Zug besucht wird, andererseits wird der Stadtrat aufgefordert, in dieser Angelegenheit etwas kreativ zu sein, ist doch das Problem bereits

einige Zeit bekannt. Es macht auch keinen Sinn, sich gegenseitig nach dem St. Floriansprinzip die Bälle bzw. Abgase zuzuschieben. Es muss eine vernünftige Lösung in der Nähe des Sees gefunden werden, wo die Cars parkiert werden können. Mit der ganzen Arealüberbauung Bossard Areal gingen gewisse Parkplätze verloren, bzw. unterirdisch angeordnet. Bekanntlich können aber die Cars unterirdisch nicht abgestellt werden.

Stadtrat Ivo Romer nimmt aus aktuellem Anlass nur kurz Stellung zur Frage 3: Es ist tatsächlich so, dass gemäss Abstimmungsunterlagen hier eine Allee geplant ist, welche auch so umgesetzt wird. Dieser Teil ist daher für die Parkierung von Cars nicht möglich, auch wenn es um die EVZ-Spiele geht. Die heutige Lösung ist die richtige. Wenn es darum geht, grundsätzlich in der Stadt Zug Carparkplätze zu definieren oder anzuordnen, ist man nach dem Votum von Richard Rüegg bald schon wieder bei der Waldheimdiskussion: Man braucht es, aber niemand will es.

Ergebnis:

Ratspräsident Jürg Messmer stellt fest, dass die **Interpellation der SVP-Fraktion vom 22. Juli 2011 betreffend Parkordnung im Uptown während den EVZ-Spielen und betreffend Busparkplätzen beantwortet ist und als erledigt von der Geschäftskontrolle abgeschrieben werden kann.**

Mitteilungen

Stadtrat André Wicki informiert mit einer Powerpoint-Präsentation über den Stand des Projekts Neustadt 2. Der Bezug ist auf den 1. November 2012 vorgesehen. Von den total CHF 12,9 Mio. Baukredit sind zurzeit knapp 62 % vergeben. Gemäss Kostenprognose wird der Kredit eingehalten.

Ratspräsident Jürg Messmer:

Die nächste Sitzung des GGR findet statt:

Dienstag, 22. November 2011, 17.00

Im Anschluss an die Sitzung sind alle zum Weihnachtsessen ins Restaurant Widder eingeladen.

Am 9. Januar 2012, 17.00 Uhr, besteht die Gelegenheit, Google Schweiz in Zürich zu besuchen. Die Einladung für diese fakultative Veranstaltung mit anschliessendem Apéro folgt noch.

Für das Protokoll:

Arthur Cantieni, Stadtschreiber